

Erscheint täglich außer Montags. Abonnements-Preis für Berlin: Vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,50 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 3 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. 50 Pf. al. Einleger. In der Post-Zeitungs-Preisliste für 1892 unter Nr. 5902.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgepolte Seite oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Verammlungs-Anzeigen 20 Pf. Insete für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Gernsberg-Ausgabe: Amt VI, Nr. 4106.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: Weuth-Strasse 2.

Donnerstag, den 11. Februar 1892.

Expedition: Weuth-Strasse 3.

Nur keine Verdunkelung der Thatsachen!

Die Verteidiger des Militarismus bieten natürlich Alles, was in ihren Kräften steht, auf, um zu verhindern, daß die Empörung, welche durch den Inhalt des sächsischen Erlasses über die Soldatenschindereien in ganz Deutschland hervorgerufen worden ist, zu praktischen und wirksamen Maßregeln der Abhilfe den Anstoß geben möge. Es sei ja gar nichts so Außerordentliches, was da enthüllt worden sei; überhaupt sei eigentlich nichts enthüllt worden; denn man habe ja längst gewußt, daß es so zugehe. Und der sächsische Kriegsminister, Herr von Planitz, hat einem Interviewee gegenüber sogar das höchst charakteristische Geständnis gemacht, daß „unter den vorhandenen Umständen Uebergriffe nicht ausbleiben können“. Unter den Uebergriffen sind die Greuel verstanden, von denen der Chef des sächsischen Herrn Kriegsministers in dem berühmten Erlasse spricht.

In demselben Gedankengange bewegen sich die Auslassungen der „Kreuz-Zeitung“, die endlich ihre Sprache wieder gefunden hat. Sie sind so bezeichnend und lehrreich, daß wir sie nachstehend dem vollen Wortlaute nach folgen lassen:

Der Erlaß

des Prinzen Georg von Sachsen als kommandirenden Generals des 12. Armeekorps hat, wie wohl nicht anders zu erwarten war, inner- und auherhalb der Armee einen tiefen Eindruck gemacht. Die Empörung über die Vorgänge, daß darf man, gegenüber mancherlei Auslassungen in der Presse, nicht verschweigen, war in den Offizier-Korps dieselbe wie in den übrigen Kreisen des Volkes, ja noch verstärkt durch den Frieden, der hiermit dem Heere angeheftet schien und durch die schwere Schädigung, welche durch solchen Mißbrauch der Amtsgewalt der Armee-Disziplin angethan wird. Die energische Verurteilung solcher Vorgänge durch den Prinzen Georg hat deshalb auch ein bereites Echo in der ganzen Armee gefunden, deren oberster Kriegsherr bekanntlich, ebenso wie seine Vorfahren, jede Uebertretung in dieser Hinsicht auf das Strengste verdammt und ahndet.

Es versteht sich von selbst, daß andererseits die Parteien, welchen eine starke Armee ein Hindernis ihrer Pläne ist, aus diesen Vorgängen die schärfsten Waffen zu schmieden suchen. Die mildere, landläufigere Konsequenz, welche man aus diesen bedauerlichen Thatsachen zu ziehen liebt, ist das Verlangen nach der Oeffentlichkeit des Militär-Gerichtswesens, und es ist dem Umstande, daß diese Oeffentlichkeit, wie auch der Reichskommissar andeutete, mit der Heilung dieser Auswüchse absolut nicht zu thun hat. Ein brutaler Charakter denkt in dem Augenblicke, in welchem er die Herrschaft über seinen Born verliert, ebenso wenig an die Oeffentlichkeit, wie an die Strafe. Auch wird die Bestrafung der Vergehen gewiß nicht schärfer ausfallen, wenn dies öffentlich geschieht, als wenn bisher die Vorgesetzten und Kameraden unter eidlicher Verpflichtung nach bestem Wissen, Geseh und Recht ihr Votum abgegeben. Andererseits wird mit der Einführung eines öffentlichen

Verfahrens der Gehorsam in der Armee auf das Spiel gesetzt; indem bei der bekannten Feindseligkeit eines Theiles der Presse gegen alles, was Disziplin ist, nichts unterlassen werden wird, was dieselbe zu schädigen vermag. Das würde bei dem bekannten bösen Willen natürlich selbst bei den gerechtesten und korrektesten Verhandlungen stattfinden.

Die extremste Folgerung aus den Vorgängen hat der sozialdemokratische „Vorwärts“ gezogen, indem er am Schlusse seiner Betrachtung ausruft: „Fort mit dem Militarismus!“ Die klügeren Leiter seiner Partei werden dem Blatte wohl klar machen, welchen Anstoss es mit dieser Phrase geschrieben hat; denn selbst der große zukünftige Utopienstaat, wenn er nicht am ersten Widerstande gescheitert wird, wird alles andere erdulden können, nur nicht den Militarismus. Gefährlicher als diese nichtsagenden Schlagworte ist die billige Hetzerei, welche mit diesem traurigen Material überall geschäftig getrieben wird, und welche, wie wir fürchten, nicht ohne fühlbare Folgen bleiben dürfte.

Was die Sache selbst anlangt, so wird die strenge Bestrafung der Uebertreter der öffentlichen Erregung eine gewisse Sühne geben. Die Erfahrung lehrt übrigens, wie dieses auch der sächsische Kommissar hervorgehoben, daß sich meist junge, unkreife Unteroffiziere — leider haben wir solche von kürzester Dienstzeit! — bezw. Sekrete, solche Uebergriffe zu Schulden kommen lassen; während die Älteren, in ihrer Autorität sich sicherer fühlenden Unteroffiziere ruhiger bleiben und sich nur in seltenen Fällen zu Thätlichkeiten hinreißen lassen. Die Wiederholung der strengen Erlasse und die schärfste Kontrolle seitens der Offiziere, besonders über die jüngeren Chargen, werden hoffentlich diese Uebelstände ganz abstellen. Die Betonung der sittlichen und religiösen Faktoren, welche durch die Mitglieder der Rechten und des Zentrums in der Kommission gesprochen ist, bleibt stets ein richtiger Weg, den auch der Reichskommissar als solchen bezeichnete. Wenn derselbe aber meinte, daß durch noch größere Trennung der Mannschaften und Unteroffiziere eine Verbesserung der Verhältnisse hervorgerufen werden könne, so steht demselben die Meinung einer größeren Anzahl von altgedienten Offizieren gegenüber, welche glauben, daß gerade das schon ziemlich streng durchgeführte Scheiden der beiden genannten Kategorien in den Kasernen eine Art Entrembung hervorgerufen hat, welche man früher nicht kannte; eine Scheidung, welche zwar die Stellung der Unteroffiziere hebt und damit der Disziplin in gewissem Sinne zu gute kommt, allein dem Geheiß des kameradschaftlichen Geistes nicht förderlich ist. Der Unteroffizier wird dann seine Leute am besten ausbilden, belehren und erziehen, wenn er sie ganz genau beobachtet und kennen gelernt hat. Nur schlechten Leuten gegenüber mag eine noch größere Isolierung der Unteroffiziere vorteilhaft sein, aber nicht gegenüber den gesunden Elementen, aus welchen Gottlob doch noch der größere Theil unseres Erlasses besteht; bei solchen spinnt sich, unter voller Erhaltung der Disziplin, bei regerem Verkehr ein gegenseitiges Interesse an, welches sich oft zur Achtung ausbaut.

Man sieht, die Männer der „Kreuz-Zeitung“ wollen aus den Soldatenschindereien noch Kapital für den Militarismus und die verlängerte Dienstzeit schlagen.

Wir haben uns von vornherein auf den Standpunkt gestellt, daß die Soldatenschindereien im Wesen des

Militarismus liegen, der in diesem Punkte nicht reformfähig ist. Die „Kreuz-Zeitung“ nennt das „Anstun“, „Phrasen“, „nichtsagende Schlagworte“ — und meint, die klügeren Leiter der Partei würden wohl anderer Ansicht sein. Die „Kreuz-Zeitung“ möge sich beruhigen: der „Vorwärts“ hat nur gesagt, was jeder Sozialdemokrat über die Soldatenschindereien und den Militarismus denkt.

Abern ist die Bemerkung des Junkerblattes, selbst der große Utopienstaat werde alles Andere erdulden können, nur nicht den Militarismus. Das erinnert an die Rainerität des Herrn Eugen Richter, der aus seinem Gegenwartsstaat nicht herauskommen kann, weil derselbe mit Brettern zugemauert ist. Die allgemeine Wehrhaftigkeit, die wir — aber nicht für den Utopien- oder „Zukunftsstaat“ — erstreben, hat mit dem Militarismus gerade so viel gemein, wie die Sozialdemokratie mit dem Junkerthum. Und die Soldatenschindereien, welche von dem Militarismus, nach dem einstimmigen Zeugniß seiner Vertreter, nicht unterdrückt werden können, sind in dem Wehrsystem des sozialdemokratischen Programms einfach undenkbar. Man stelle sich doch nur vor, wie und unter welchen Bedingungen die Schindereien sich zutragen. Ausnahmslos bei der Drillung der Rekruten, die sich meistens sehr „ungeschickt“ zeigen, was gern zugegeben sei. Warum aber sind sie „ungeschickt“? Weil sie mit ein- und zwanzig Jahren, d. h. in einem Alter, wo Knochen und Sehnen schon steif sind, Dinge zu lernen haben, die sie zehn oder sechs Jahre früher spielend gelernt hätten. In dem Wehrsystem, das wir fordern, bildet die Wehrhaftigkeit einen Theil der Jugenderziehung, und alle Übungen und Handgriffe, die jetzt zu den Schindereien Anlaß bieten, sind den Rekruten, wenn sie zum ersten Male unter die Fahne gerufen werden, längst geläufig — und besser geläufig, als unter dem heutigen System den ausgedienten Soldaten. So fällt — nicht zu erwähnen der selbstverständlichen Bürgschaften gegen Rohheit und Unmenslichkeit — die Ursache oder der Anlaß zu Soldatenschindereien weg. Und mit der Ursache hört logischer Weise auch die Wirkung auf.

Geung — unter dem System des Militarismus, nach dem eigenen Geständnis seiner Verteidiger, die Soldatenschindereien nicht aus der Welt zu schaffen.

Unter dem System der allgemeinen Wehrhaftigkeit, wie unser Programm sie fordert, Soldatenschindereien einfach nicht denkbar.

Das deutsche Volk wird vergleichen! Und wählen!

Feuilleton.

Wachdruck verboten.

85

Am Webstuhl der Zeit.

Zeitgenössischer Roman in 3 Bänden von A. Otto Walster.

„Helene! Theuerstes Fräulein!“ rief der junge Mann, indem er ihre kleine Hand mit Küssen bedeckte. „Was ist die Einnahme ohne die Perle, und wer hat die Perle geschätzt und geliebt, der die Einnahme nicht leicht und gern entbehren könnte? So mag auch vielleicht Ihr Vater gedacht haben.“

„Mein guter Vater? nein! dazu war sein Geist doch viel zu kaufmännischer Art; denn jedes Mal, wenn er über einen anderen Theil des mir zugelegten Erbes verfügte, sagte er zu mir: Das geht nicht verloren für Dich, Helene, das bringt Dir nur reichlichere Zinsen; ich lasse das Testament vollständig umschreiben. Und als er unser Landgut verkauft hatte, welches ich nur mit Schmerzen als den Schauplatz meiner jugendlichen Freuden und Spiele verlor, da sagte er zu mir: Betrübe Dich nicht, Helene, ich muß es im Interesse des Geschäfts thun, es wird Dir reichliche Früchte tragen, denn ich habe das Testament nun so abfassen lassen, daß Du mit mir vollkommen zufrieden sein wirst.“

„Und er hat es nicht gethan?“
„Es muß wohl so sein; obwohl, meines Wissens, nie ein unwahres Wort über seine Lippen gekommen ist.“

er mir noch den Dr. Rasmann als den Notar bezeichnet hat, der das spätere Dokument ausfertigt habe.“

„Haben Sie darauf hin nicht beim Dr. Rasmann nachgefragt?“

„Ich habe bei ihm angefragt; aber dieser Herr bedauert, sich nicht erinnern zu können, daß in seiner Expedition jemals ein derartiges Testament aufgesetzt worden sei.“

„Seltsam, und von Testamentszeugen wissen Sie auch nichts?“

„Sollte überhaupt jemals ein solches Testament ausfertigt worden sein, dann ist auch jedenfalls mein Onkel als Zeuge zugezogen worden. Dieser aber ist leider inzwischen verstorben.“

„Und was meint Ihr Stiefbruder zu dieser ganz eigenartigen Sachlage?“

„Mein Stiefbruder ist ein Fabrikant, wie die meisten dieser Art, er rafft Alles zusammen, was ihm das Glück in den Schooß wirft. Was ins Geschäft einmal gekommen, betrachtet er als zum Geschäft gehörig. Ich habe nichts von ihm zu erwarten und möchte auch nichts von ihm begehren. Denn schon die Art und Weise, wie er mir den Tod meines guten Vaters meldete, hat mich vollständig erfüllt. Sein Schreiben war nichts anderes, als eine Reihe von herzlos zusammengeworfenen Redensarten. Und nun, mein Freund, lassen Sie uns nicht weiter davon reden, da ich auch nichts mehr davon wissen will, obwohl man in mich dringt, einen Prozeß gegen meinen Stiefbruder anzustrengen. Die Sache ist mir zu schmutzig, und ich mag meine Seele nicht damit belasten. Er ist der Sohn meines Vaters, und ich will den Vater nicht im Sohne belächeln. Jetzt aber handelt es sich um Sie. Wir haben von

jeht an gemeinschaftliche Interessen. Ich muß mich an Sie anlehnen; aber um das zu können, müssen Sie frei sein. Sagen Sie mir, und ganz ohne allen Rückhalt, was Sie schulden. Ich hätte das unter der Hand erfahren und ausgleichen können, aber ich wollte Sie um Alles in der Welt nicht verletzen.“

„Was ich schulde? es ist wirklich tragisch-komisch. Ich arbeite Tag für Tag und brauche zum Leben nicht viel mehr als ein Schreimergehilfe. Folglich ist mir eigentlich die Welt schuldig. Was jedoch den einzelnen Fall hier anbelangt, so weiß ich wirklich selbst nicht, was man von mir verlangt. Der Wechsel mag ursprünglich wohl auf 120 Thaler gelantet haben. Darauf hat der Freund, für den ich mich verbürgt, mehrere Monat monatliche Zahlungen geleistet, auch ich habe wiederholt darauf gezahlt, aber solche Wechsel schreinen eine Schraube ohne Ende zu sein. Wie gesagt, man hat mich, gleich einem Sperling, wie im Handumdrehen weggeholt und in den Käfig gesteckt. Ich sage Ihnen, das ist eine gottvolle Einrichtung. Morgen jedoch will ich mich erkundigen, wie es eigentlich steht, und dann die Sache in Ordnung bringen.“

„Meine Hilfe weisen Sie also zurück?“ fragte Helene traurig.

„Was wollen Sie denn, theuerste Freundin? Sie werden doch nicht von einem Freunde verlangen, daß er sich von Ihnen helfen läßt, so lange er selbst sich zu helfen noch im Stande? Diesen kleinen Stolz lassen Sie mir noch, nicht wahr? Im Uebrigen sollen Sie aber ganz gewiß keinen Grund mehr zum Klagen bekommen, das will ich in diesem schönsten Augenblicke meines Lebens heilig und theuer versprechen.“
„Ich gehe betrübt von Ihnen weg.“

Politische Uebersicht.

Berlin, den 10. Februar.

Die Frage, ob eine Herabsetzung der Güter- oder der Personentaxen notwendig sei, führte heute im Reichstag, bei Gelegenheit des Etats des Reichs-Eisenbahn-Amtes, zu einer ebenso langen wie langweiligen Debatte. Die Freisinnigen Schrader und Dr. Krause geben der Herabsetzung der Personentaxen den Vorzug, während die Großindustriellen Stamm und Möller für billige Gütertaxen und im sonstigen der Meinung sind, daß es mit den Personentaxen nicht breiut. Dieser Auffassung trat auch die „lustige Person“ des Zentrums, der Herr v. Schalscha bei, welcher der Ansicht ist, daß schon viel zu viel gereist wird und daß das viele Reisen der deutschen Nation nicht gesund ist. Das viele Reisen sei eine Folge der „zügellosten“ Freizügigkeit, welcher Herr von Schalscha besonders um deswillen gram ist, weil sie den Landarbeitern der Ostprovinzen die Möglichkeit giebt, aus dem Hörigkeitsverhältnis, in welchem die Junker vom Schlege des Schalscha sie halten, zu entfliehen. Im Uebrigen sang Herr v. Schalscha dem Sparen, soweit es bei den Eisenbahnbetrieben an den Arbeitslöhnen geübt wird, ein begeistertes Lied.

Der neue Eisenbahnminister hielt sich den Wünschen auf Tarifiermäßigungen gegenüber sehr zugewandt, die Gründe, welche er für sein Verhalten vorbrachte, waren aber sehr schwach.

Unser Genosse Singer brachte die auch auf den Reichseisenbahnen beliebten politischen Maßregelungen der Arbeiter und sonstige Mißstände, unter denen letztere leiden, zur Sprache. Natürlich trat auch der neue Eisenbahnminister für die von jeder beliebigen Praktik der politischen Richtung ein. Wir haben das auch gar nicht anders erwartet und grämen uns auch nicht zu sehr darüber, daß es so ist. Eine freiere Behandlung der Arbeiter in den Staatsbetrieben könnte wirklich den einen oder anderen der dort Beschäftigten dazu verführen, an das schöne Wort von den „Muster-Workstätten“ zu glauben. Die Stützen des Staates sorgen aber dafür, daß dieser Glaube keinen Boden findet.

Bei Festsetzung der Tagesordnung führte das Zentrum einen kleinen Koup aus. Der gleich bei Beginn der jetzigen langen Session eingebrachte Antrag auf Aufhebung des Jesuitenausweisungsgesetzes, sollte nämlich morgen endlich an die Reihe kommen. Der Antrag ist auf einer Reihe von Katholikerversammlungen feierlich beschlossen worden und darf unter dem sogenannten „Vermächtniß Windthorst's“ wohl mit in erster Reihe genannt werden. Und diese Haupt- und Staatsaktion, um derentwillen Ströme von Tinte verspritzt, hunderte von Versammlungen abgehalten und mehrere Millionen Unterschriften unter Petitionen gesammelt worden sind, sie verschwindet nun unter dem Tische. Herr Graf von Ballestrem zog nämlich, Namens seiner Partei den Antrag zurück, angeblich um durch eine Verhandlung über denselben, die durch den preussischen Volksschul-Gesetzentwurf hervorgerufen „gewaltige Aufregung“ nicht noch mehr zu vermehren. Die Linke nahm diese mit Falstaff'schen Phrasen verbrämte Rückzugserklärung mit allgemeiner Heiterkeit auf. Für uns Sozialdemokraten ist diese Drückebergerei der Partei für Wahrheit, Freiheit und Recht um so belustigender, als nach den Behauptungen der katholischen Presse die Rückberufung der Jesuiten gerade um der erfolgreichsten Bekämpfung der Sozialdemokratie willen eben so dringend als notwendig war. Was soll nun aus der drei Mal heiligen Staatsordnung werden, wenn die Herrn Jesuiten an dem geistigen Vernichtungskampfe der bösen Nothen sich nicht theilnehmen! Uebrigens hätte unsere Fraktion geschlossen für die Aufhebung des Jesuitengesetzes gestimmt und wir können nur bedauern, daß uns durch den schmählichen Rückzug des jetzt unter Junker-Führung stehenden Zentrums die Gelegenheit verrietzt wurde, auf den Konzernen der frommen Patres der S. J. glühende Kohlen zu sammeln.

Volksschul-Gesetz und Sozialdemokratie. Unter dieser Ueberschrift bringt die „Vossische Zeitung“ eine Zuschrift „aus Unioersitätskreisen“. Diese Quelle brauchte kaum genannt zu werden, denn die Zuschrift zeugte von solcher Unwissenheit auf dem Gebiete der politischen und sozialen Verhältnisse und solcher Selbstgenügsamkeit, wie sie

eben nur ein deutscher Professor besitzen kann. Der Professor macht die Entdeckung, daß die Sozialdemokratie „eine rein politische“ Partei ist und daher erfolgreich nur mit politischen, nicht mit kirchlichen Mitteln bekämpft werden kann. Die Sozialdemokraten, meint er, reiben sich jetzt vergnügt die Hände, weil sie von dem Volksschul-Gesetz ganz andere Folgen erwarten, als der Kultusminister; sie glauben, daß unter der Herrschaft dieses Gesetzes ihr Weizen blühen werde. Aber sollten sie sich selbst verrechnen und der Kultusminister die „irregulierten“ Massen in eine fromme, strenggläubige, bekenntnißtreue Heerde umwandeln, dann würde damit die Sozialdemokratie noch nicht vernichtet, sondern sie würde mit veränderter Maske eine noch gefährlichere Rolle spielen. Während die bisherigen „Drahtzieher“ der Sozialdemokratie es für nützlich halten, die Religion zu bekämpfen, würden sie ihre Taktik ändern oder neue „Drahtzieher“ würden kommen, welche die Religion zum Kampfe benutzen, eine ultra-orthodoxe Sozialdemokratie würde kommen, welche mit Bibelstellen, wie aus dem ersten Buche Mosis, das Königthum bekämpfen, und nach der Erzählung der Apostelgeschichte den Kommunismus der ersten Christengemeinden verlangen würde; und die religiöse Schwärmerie würde die Massen noch mehr fanatisiren, als der Atheismus.

Wie scharfsinnig sich der Herr Professor doch die Geschichte konstruirt! Schon die Bemerkung, von der er ausgeht, daß die Sozialdemokratie eine „rein politische“ Partei sei, zeigt, daß er seine politische Weisheit nur von kammegiehernden Philistern bezieht. Die sozialdemokratische Partei vertritt eine ganz neue Weltanschauung, sie führt den Kampf für die Emanzipation der arbeitenden Klassen und damit für die Beseitigung jeden Klassenstaats. Der Herr Professor mag zwar ein sehr guter Sanskritgelehrter sein, er mag vielleicht sehr gelehrte Abhandlungen über die Partikeln *अव* und *य* geschrieben haben, er hat vielleicht auch die Geheimnisse der altgothischen Mundart erforcht, im Uebrigen aber ist er ein ganz gewöhnlicher Bierbank-Politiker. Da hat er gelernt, wie Politik gemacht wird; wie die Frage erörtert wird, ob Miguel Minister wird oder Minister bleibt, oder wie man diskutirt, welche Folgen das Bündniß v. Bennigsen und Eugen Richter haben wird, und was es sonst noch für wichtige Dinge sein mögen, durch welche sie die Schicksale der Völker bestimmt glauben. Da erscheinen denn die lenkenden Mächte als Drahtzieher, und wie diese „Drahtzieher“ ihre diplomatischen oder staatsmännischen Künste machen, entscheidet, welche Gestaltung die Entwicklung der Völker nehmen wird. Von diesem Drahtzieherstandpunkt ausgehend, konstruirt er sich auch die Sozialdemokratie. Und welche Wirkung erwartet er von seiner Belehrung? Die Regierung könnte zurückschrecken vor der Möglichkeit dessen, was kommen könnte, wenn sie alle ihre Pläne durchgeführt hat. Die Regierung sorgt sich wenig um die Verlegenheiten, in die sie nach zehn Jahren geraten könnte, sie hat viel näher liegende zu überwinden, und später denkt sie — wenn auch nicht *après nous le déluge!* (nach uns die Sintfluth) — so doch, kommt Zeit, kommt Rath.

Der Gedanke einer ultra-orthodoxen Sozialdemokratie der Zukunft konnte auch nur im Gehirne eines Professors ausgedehnt werden. Alle die konfessionellen Pläne der Reaktion werden geradezu zum Sturze der Kirche beitragen. Alle Angriffe, die sich gegen den Klassenstaat, den Bourgeoisstaat richten, treffen jetzt mit doppelter Wucht zugleich den „christlichen“ Staat. Die Leppigkeit der Großen, die Ausbeutungsgier der Reichen, die Noth des Volkes, die Korruption auf den „Höhen“ der Gesellschaft, die antichristliche „Ehre“ mit ihrer Verhöhnung des Gesetzes, der Religion und der Moral, wie sie sich im Duell offenbart, ja sogar die Gerechtigkeit der Gerichte, gegen welche sogar ein Stöcker seine Blitze schleudert, der Militarismus und so vieles andere, was als Signatur des Klassenstaates dasteht, das alles trifft jetzt auch den „christlichen“ Staat mit seinen „christlichen“ Vertretern. Dann aber stehen uns in diesem Kampfe zur Seite die Macht der Idee, der Wissenschaft; unsere Bundesgenossen sind die ersten Geister, die Spinoza, Lessing, Kant, Feuerbach und so viele Andere, deren Erbe die Herren Professoren von dem Schlege der Dahn und Treitschke längst aufgegeben haben, um sich als die „zuverlässigste Stütze von Thron und Monarchie“ auszugeben und wie der Gelehrte der „Vossischen Zit.“ sich aufzuspielen als „wir auf dem Boden des Christenthums stehenden preussischen Bürger.“ —

„Ich werde es als meine Pflicht betrachten, Ihnen hierzu Gelegenheit zu geben“, erwiderte Elise, den Gruß in einfacher Weise erwidern.

Sie werden mir zu jeder Zeit, in der Sie es ermöglichen können, befehlens willkommen sein“, versicherte Helene und schritt, auch dem darüber erröthenden Vodenkopschen einen freundlichen Gruß zunichtend, an den Beiden vorüber dem Ausgange zu.

Sobald die Geliebte seinen Augen entschwandten, eilte lange mit flüchtigen Schritten zu seinen Leidensgefährten zurück, um den Buchdrucker von der Zukunft seiner Schwester zu benachrichtigen.

Barth und Jwan eilten sofort nach dem Konversationszimmer, in welches die Damen auf Einladung Lange's inzwischen eingetreten waren.

Wie sieht's mit meiner Hedwig?“ frug Barth, nachdem die erste Begrüßung vorüber war, seine Schwester.

Leider habe ich noch nicht mit ihr sprechen dürfen, aber der Gefängnisinspektor hat mir versprochen, dem armen Kinde nach Kräften, und so weit es nur irgend das Reglement erlaubt, seine Lage zu erleichtern.“

Wenn ich nur wenigstens Geld hätte“, murmelte der Buchdrucker.

Benutze Dich, Bruder, es fehlt nicht an Geld; ich habe für sie gesorgt.“

Gabe Dank, liebe, beste Schwester. Du bist ein wahrer Herzensstolz für einen bekümmerten Bruder. Und hast Du Dich erkundigt, wie meine arme unglückliche Hedwig sich in ihr grausames Schicksal findet?“

Sie soll jetzt ganz ruhig und gefaßt sein, hat mir der Inspektor gesagt. Ihr Verteidiger, Dr. Nassmann, hat ihr guten Trost eingesprochen und erklärt, ihre Unschuld würde wahrscheinlich schon nächste Woche gerichtlich festgestellt werden, denn auf die nächste Woche ist ihr Fall zur Verhandlung beim öffentlichen Gerichtstermin angelegt worden.“

Also auch noch öffentlich! Die Arme! Hunderte von gemeinen Augen werden auf ihr ruhen. Das ist man dem

Zum Kapitel der Soldatenmißhandlungen wie dem „Norddeutschen Volksblatt“ aus Wilhelmshaven geschrieben:

Es ist bei der Marine — wie wahrscheinlich beim Landheer auch — Gebrauch, daß man für Vergehen einzelner Soldaten, seien es nun solche gegen die Disziplin oder gegen Vergehen, Kampagne, Abtheilung, Korporalschaft, Schiffsbefahrung, Pack oder Stube tägen läßt oder ihnen droht, da die ganze Kameradschaft mit irgend einer Disziplinarstrafe bestraft werden soll, wenn dies oder jenes Vergehen einzelne Kameraden wieder vorkomme oder nicht an dem Verbrecher vor der Gesamtheit gesühnt werde. Es wird dies mehr oder weniger als Fingerzeig aufgefaßt, an dem Verbrecher oder Verächter der Disziplin Selbstjustiz oder auch Lynchjustiz zu üben. Dieser Wink wird denn auch in den meisten Fällen befolgt und kommt bei der Marine sehr häufig vor. Freilich steht davon nichts im Militär-Strafgesetzbuch, ja es ist eigentlich verboten. Die Prozedur ist gewöhnlich folgende: Es wird der Mannschaft irgend ein Mißthäter bezeichnet, der die Ehre der Truppe bedroht oder Disziplinarstrafen über die ganze Truppe heraufbeschworen hat. Abends nach dem Dienst treten die Mannschaften zusammen, ergreifen den Bezeichneten, ziehen ihn über ein Geschäß, Jeder von der unmenslichen Nothe, die sich dazu gebrauchen läßt, schlägt mit einem Tau-Ende abwechselnd auf ihn ein, singend: „Wir wunden Dir den Jungfernkranz.“ bis von dem Leiter der Schinderei das Kommando „Halt!“ der Prägekeil ein Ende macht. Im Allgemeinen hören und sehen die Offiziere und Unteroffiziere nichts von solchen Mißhandlungen, trotzdem die Schmerzensdrüse durch süßliche Mauern dringen könnten. In manchen Fällen muß der wachhabende Offizier seine ganze Autorität aufwenden, um der Schinderei ein Ende zu machen. Es soll vorkommen, was leicht erklärlich erscheint, daß den unglücklichen Opfern thatsächlich das Fleisch vom Leibe hängt und daß sie bitten, man solle sie lieber gleich todt schlagen. Eine ähnliche Prozedur und Lynchjustiz war kürzlich auf dem nicht sehr vortheilhaft bekannt gewordenen Schiff „Oldenburg“ zu beobachten. Als die Zivilarbeiter morgens zur Arbeit kamen, hörten sie ein herzzerreißendes Jammergeschrei auf dem genannten Schiffe, das man bis in die Kloakstraße hören konnte. Dort wurde nun auch Lynchjustiz geübt auf die oben angeführte barbarische Weise. Ein Torpedomatrose und zwei Heizer wurden in Gegenwart einiger Unteroffiziere von 6 Mann mit dem bekannten Ende gehauen so lange, bis sie nicht mehr schreien konnten. Wie im grauen Mittelalter oder bei den Kanakbalen wurde einer nach dem anderen gefoltert und mußten die anderen Weiden das mit ansehen. Der zweite Delinquent bat denn auch seine Peiniger, ihn lieber gleich todt zu schlagen, als ihm das Geschäß so zu zerhacken, daß er nicht leben und nicht sterben könne. Die Zivilarbeiter waren außerst empört und hätten am liebsten an den Folterknechten sammt ihren Beschützern das Bibelwort „Aug um Aug, Zahn um Zahn“ in die That überführt, sie mußten aber aus leicht begreiflichen Gründen ihren gerechten Jörn unterdrücken. Ein Arbeiter forderte einen Oberbootsmanns-Mantel auf, die Schinderei zu inhibiren, wurde von diesem aber angeschauert mit den Worten: wenn Sie mit Ihren aufwührerischen Redensarten nicht still sind, so meide ich Sie Ihrem Meister. So unendlich bedauerlich es ist, daß es Mannschaften giebt, die sich zu solchen Schindereien hergeben, so fällt doch auf die Offiziere und Unteroffiziere, welche solche Mißhandlungen dulden oder direkt oder indirekt ankiffen durch Strafandrohungen, unter welchen ein ganzer Truppenkörper zu leiden haben würde, die Schuld zurück und ist die Duldung nicht gesetzlicher, als die schlimmste Soldatenmißhandlung. Wo war denn der wachhabende Offizier Morgens um 7 Uhr, hat er vielleicht ein so hartnäckiges Ohrenleiden, daß er die Schmerzensschreie der Gepeinigten nicht hören konnte? Und weiter: Was haben die drei Geschundenen verbrochen? Wie unserem Gemüthsmanne von einem Unteroffizier mitgetheilt wurde, so haben sie bloß den Urlaub überschritten und war wahrscheinlich zu befürchten, daß der Kommandant wegen dieser vielleicht unverbesserlichen Durchbrenner eine allgemeine Urlaubsbefreiung anordnete. Nun wenn auch, so ist doch eine solche Strafform ein Schandmal für Marine wie für das Volk der Deutscher.“

Bezüglich der soldatenschildenden Unteroffiziere schreibt der Meyer „Lorraine“:

Auch muß man sich vergegenwärtigen, daß diese Leute (die in dem Erlaß des Prinzen Georg gekennzeichneten Unteroffiziere) später einmal Beante in den verschiedenen Verwaltungen werden könnten, da gewisse Angestellte nur aus dem Militär-Anwärtern genommen werden. Und dann? ... Angenommen, die Unteroffiziere Zwahr, Weise, Rehme u. s. w. wären Gendarmen in Elbaf-Lothringen geworden, auf sich allein angewiesen in einem Dorfe, in welchem sie ihrem Verfolgungstrieb Ausdruck gegeben hätten? Welche den armen Bauern, die ihnen in die Klauen gefallen wären! Protokolle ohne Zahl, Befestigungen ohne Ende. Wenn jene Ausschreitungen „auf die Moral der Truppen und die Mann-

„Thun Sie das nicht, liebeliche Fee; denn Sie tragen das Bewußtsein mit hinweg, einen Traurigen und ganz Betrübten in einen Ueberglücklichen umgewandelt zu haben, dem nur ein einziger Wunsch noch auf der Lippe schwebt.“ Und dieser Wunsch . . .?“ fragte das Fräulein erköthend.

Darf ich ihn auf den Ihrigen niederlegen?“ Die Antwort darauf wurde nicht abgewartet, wie sie auch nicht abgewartet werden konnte.

Und nun lebe wohl, Du mein Glück, meine Hoffnung, mein Alles, Du meine liebste und gütigste Fee“, rief der Schriftsteller, indem er die holde Gestalt gegen sein lautpochendes Herz drückte.

Die Liebenden durchschritten nunmehr das Vorzimmer, an dessen Ausgang die Magd bereits mit dem Dessnen der Thüre beschäftigt war, weil die Klingel einen neuen Besucher angekündigt hatte.

Die Beiden hielten sich ein wenig zurück, um die neuen Ankömmlinge eintreten zu lassen.

Es war Elise, begleitet von einem allerliebsten Vodenkopschen, welche das Vorzimmer betrat und von der alten Magd mit freudigem Ausrufe empfangen wurde.

„Ach Sie, beste Fräulein Barth! Wie freue ich mich, Sie wiederzusehen!“

Elise reichte der alten Magd freundschaftlich die Hand, verneigte sich dann anmüthig vor der Fremden und wollte an ihr vorbeigehen, aber Lange trat ihr entgegen und sagte:

Entschuldigen Sie, Fräulein Barth, wenn ich Sie einen Augenblick aufhalte. Ich wollte mir nur die Freiheit nehmen, Ihnen hier Fräulein Helene Howald, meine theure Braut, vorzustellen. Fräulein Elise Barth, einer von den lichten Engeln, die, wie Sie, liebe Helene, diese garstige Erde für denkende und führende Menschen erträglich zu machen bestimmt scheinen.“

Herr Doktor“, rief Elise erröthend, „Sie bringen mich ja dem Fräulein gegenüber in Verlegenheit.“

Ich würde mir's zum großen Vergnügen rechnen, Fräulein Barth, Sie über kennen zu lernen“, bemerkte Helene, sich anmüthig verneigend.

„Bäckerchen Spigen schuldig. Natürlich!“ rief der Buchdrucker grimmig.

„Sei ruhig, Bruder, es wird sich Alles ausgleichen, und ihre Gemüthung wird um so größer sein.“

Also Dr. Nassmann vertheidigt sie? Das ist ein weitgerähter Vertheidiger.“

„Ja; und er hat sich freiwillig erboten und verspricht sich einen vollständigen Erfolg.“

„Es giebt wirklich noch edle Männer in der Welt“, meinte Barth neuaufnehmend. „Gott gebe seinen Segen! Du hast mir neuen Lebensmuth eingefloßt, wie werde ich Dir's jemals vergelten können.“

„Sprich nicht vom Vergelten, Wilhelm, wir wollen wir wollen unsere Pflichten als Bruder und Schwester getreulich erfüllen und mit dem Bewußtsein erfüllter Pflichten glücklich sein. Nun kann ich Dir auch noch zu Deiner weiteren Ermüthigung mittheilen, daß die Druckerei gerettet ist.“

„Wirklich gerettet?“ rief Barth freudenvoll auf. „O mein Ap, er geht mir Stückweis von der Brust. Du bist heute ein wahrer Glücksbote, liebe Schwester.“

„Noch eins: auch Deine Freiheit wirst Du wahrscheinlich heute noch erlangen. Deine Arbeiter sind für Dich eingetreten. Die Wechsel sind schon fast alle eingelöst, und damit die Freude über die Befreiung des Geschäfts und Deine Erlösung eine würdige Feier finde, ist eine Landpartie nach Haffelbach arrangirt worden, wozu wir Alle eingeladen sind. Ja, Bruder, das Unglück ist keine unüberwindliche Macht, wenn man den Muth nicht verliert und treue Freunde besitzt.“

„Und einen Schutzhengel, wie Dich, liebe Schwester, für die ich mein Leben mit Freudigkeit opfern würde. Aber ich verlaße Dich, die Brust voller Hoffnung. Du wirst mit Jwan sprechen wollen. Adieu, auf baldiges Wiedersehen in der Freiheit! Meinen besten Gruß und Dank, Fräulein Russelich.“

(Fortsetzung folgt.)

Theater.
Donnerstag, den 11. Februar.
Opernhaus. Cavalleria rusticana (Bauern-Chre.) Prometheus.
Schauspielhaus. Wohlthätige Frauen.
Deutsches Theater. Colledge Hampton.
Lesing-Theater. Fräulein Frau.
 Unter vier Augen. Der sechste Sinn.
Berliner Theater. Der Hüttenbesitzer.
Residenz-Theater. Musotte. Vorher: Robedajar Violet.
Wallner-Theater. Der Bärenführer. Ein berühmter Mitbürger.
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater. Das Sonntagskind.
Thomas-Theater. Rothhäppchen.
Sellenkianze-Theater. Der Herrgottschneider von Ammergau.
Ostend-Theater. Cavalleria rusticana. (Sizilianische Bauern-Chre.)
Adolph Ernst - Theater. Der Lanzenknecht.
Alexanderplatz-Theater. Berliner Pfaffen.
Fernpalast. Spezialitäten-Vorstellung.
Gebrüder Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung.
Winter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung.
Konkordia-Palast-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

Gratweil'sche Bierhallen.
 Kommandantenstr. 77-79.
 Heute sowie täglich:
 Auftreten der **Hamburger Gaudebrüder**
 Reuzer- und Koppelstänger.
 Anfang Wochentags 7 1/2 Uhr, Sonntags 8 Uhr. Entree: Wochentags 10 Pf., Sonntags 25 Pf.
 Empfehle meinen berühmten Mittags-
 tisch à la Duval. 3 Regalbahnen
 6 Billards, 2 Cäle. 1169L

Etablissement Buggenhagen
 am Moritzplatz.
 Täglich:
Unterhaltungs-Musik.
 Direktion J. Hödman.
 Dienstag und Freitag: Walzer-Abend.
 Großer Frühstücks- und Mittagstisch.
 Spezial-Ausbeute von Bahnhofs-
 Export-Bier, Seidel 15 Pf.
 641 F. Müller.

Castan's Panopticum
 Friedrichstr. 165a, Ecke Behrenstr.
Neu:
Die fliegende Geigen-Fee.
 Lebend, ohne Extra-Entree. Neueste musikalische Illusion. Vorstellungen: 19 Uhr u. 1 Uhr. — 4, 5, 6, 7, 8 und 9 Uhr Nachmittags.
 Kolossal-Gruppe: Banern-Aufstand!
 Entree 50 Pf. Kinder 25 Pf.
 Gedöffnet von 9 Uhr früh bis 10 Uhr Ab.

Passage-Panopticum.
 Lebensgroße Wachfiguren und Gruppen, Diorama. Sündfluth - Panorama mit Gewitter.
 Im Theater-Saal (ohne Extra-Entree): Täglich v. 6 Uhr ab Vorstellung von Spezial. I. Rang.
 Entree 50 Pf.

Viel neue Spezialitäten.
La belle Irene,
 die tätowirte Amerikanerin in **Pränscher's anatomischem Museum**
 nur noch kurze Zeit Kommandantenstr.
 Täglich für erwachsene Herren.
Dienstag und Freitag für Damen.

Aegintha
Gr. Vogel - Ausstellung.
 Grand Hotel Alexanderplatz.
 Vom Donnerstag, d. 11. bis Dienstag, d. 16. d. M., Vorm. 9 bis Ab. 9 Uhr geöffnet.
 Eintrittspreis 50 Pf. Am 17. Febr. Vorm. findet eine Verlosung von lebenden Vögeln aller Art statt; 2 Loos 1 Mark an der Ausstellungs-kasse.

Allen meinen werthen Genossen und Freunden zeige ich ganz ergebenst an, daß ich Markthalle IX, Eisenbahnstrasse, Stand Nr. 20, eine **Fleisch- und Würsthalde** eröffnet habe. Da ich mein Handwerk als Tischler habe niederlegen müssen, so bitte ich, mich in meinem neuen Unternehmen unterstützen zu wollen, es wird mein Bestreben sein, durch nur reelle Bedienung und gute Waare meine Abnehmer stets zufrieden zu stellen.
 1943L **Herm. Kohn.**

Circus Renz.
 Pariserstrasse.
Donnerstag, den 11. Februar 1892,
 Abends 7 1/2 Uhr:
„Auf Helgoland“
 oder: **Edde und Pluth.**
 Große hydrologische Ausstattungs-Pantomime in 2 Abtheilungen mit National-Tänzen (60 Damen), Aufzügen. Neue Einlage: **Die Garde-Sousaren und Escherkessen.** Dampf-schiff- und Bootfahrten, Wasserfällen, Riesenfontänen mit allerlei Lichteffekten u. s. w., arrangirt und inszenirt vom Direktor **E. Renz.** Außerdem: Zum ersten Male in Europa: **Die 3 Amerikaner Gebr. Rixolds,** die vorzüglichsten Springer und Akrobaten der Gegenwart. **Great Steeple Chase** von 8 engl. Vollblut-Springpferden, dress. u. vorgef. v. Herrn **Franz Renz, Johanniter,** ger. v. d. Schulreiterin **Fr. Oosana Renz, Geschw. Cottrolly, Equilibristinnen.** **Mr. William** mit seinen 4 dress. Pferden. Auftreten der Reitschülerinnen **Mlle. Theresina u. Mm. Brabdry,** sowie d. Saltomortalesreiter **Mr. Alex. Bristore** u. Jockeireiter **Mr. Jules zc.** Romische Entrees v. sämtl. Klownk. Täglich: **„Auf Helgoland“.**
Sonnabend: Genesit für die Geschwister **Oosana u. Ernst Renz** (Entelin und Entel). **Sonntag 2 Vorstellungen.** Nachmittags 4 Uhr (1 Kind frei). **Mazepas Verbannung,** gr. historische Pantomime mit Ballet (Polnischer Nationaltanz vom ges. Corps de Ballet). Abends 7 1/2 Uhr: **Auf Helgoland.**
E. Renz, Direktor.

Circus G. Schumann.
Friedrich-Karl-Platz, Ecke Pariserstr.
 Heute Abend 7 1/2 Uhr: **Große Extra-Sport-Vorstellung.** Vorzüglich ausgewähltes Programm! **Gast-aufstehen des berühmten, als best-anerkannten Schulreiters der Gegenwart** **Mr. James Fills.** Reiten in der hohen Schule auf dem Schulpferde **Germaal.** Zum 1. Male: **Der Jockey v. Epsom,** dargestellt von **Hrn. Manzoni.** Zum letzten Male: **Berliner Leben.** **Große Wasser- und Feuer-Pantomime** in 2 Abtheilungen mit 9 Bildern. Neues Schluss-tableau: **„Berolina im Fonor.“**
 Morgen: **Gr. Vorstellung** mit neuem Programm. Auftreten des anerkannt besten Schulreiters **Mr. James Fills.**
 Für die liebevolle Theilnahme bei der Beerdigung meines Mannes **Gustav Stenske,** hauptsächlich den Mitgliedern des **Recht-Klub Nord-Ost,** sage ich hiermit meinen innigsten Dank.
 1887b **Dwe. Stenske, geb. Schöhe.**
 Ein großer Saal ist noch einige Tage in der Woche frei, auch Sonnabends. **Böhms Bräuererei, Prenzlauer Thor.** 1887b

Stempel u. Gra-
Vereinsabzeichen, vierung, empf. d.
Genossen G. Kleist, Waldemarstr. 48

Unserm Aeltestenbruder Herrn **Paul Pasche** zu seinem heutigen Wiegensfeste ein donnerndes Hoch!
 1879b
Artistenverein „Einigkeit“.
 Unserm Kollegen und Genossen **Paul Pasche** zum heutigen Tage ein dreimal donnerndes Hoch! **Wonne merkste nicht?**
 1880b
J. F. B. T. des V.
 Unserm Trauerkloß **Georg Kiefer** zu seinem heutigen Wiegensfeste ein dreimal donnerndes Hoch, daß bei Nibel die 1/2 Tonnen wadeln, selbstverständlich keine 1/2 Liter.
 1882b

Gildeler-Verein.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß das Mitglied **Aug. Grütze,** Fürbringerstr. 5, am 7. Februar verstorben ist. Die Beerdigung findet am 11. d. Mts., Nachmittags 3 Uhr, vom Krankenhaus am Urban nach dem Neuen Jakob - Kirchhofe (Briher Schauffee) statt.
 983/8 **Der Vorstand.**
Genossen des Arbeiter-Sänger-
bundes, welchen es die Zeit erlaubt, werden gebeten, bei der Beerdigung des Genossen **Budschick,** welcher am 6. d. Mts. verunglückt ist, mitzuwirken. Beerdigung am 11. d. M., Nachm. 3 1/2 Uhr, aus dem Zionskirchhof in Weiskensee. 1888b

Dankfagung.
 Für die so überaus zahlreichen Beweise der tiefsten Theilnahme an dem schweren Schicksalsschlage, der mich und die Meinen getroffen, und für die große Theilnahme an der Beerdigung der theuren Verstorbenen, sowie insbesondere für die reichen Krangspenden sage ich hiermit allen lieben Freunden, Genossen und Genossinnen von Nah und Fern meinen und unsern tiefgefühlten Dank.
 Der stille aber erste Protest, der hierdurch insbesondere dagegen zum Ausdruck kam, daß auch die schwerste Krankheit, die Nähe des Todes und die bis zum letzten Augenblick währende bange Besorgnis und verzweifelnbe Sehnsucht meiner heiliggeliebten armen Frau nicht im Stande waren, meine Hastenklaffung selbst gegen hohe Kaution zu bewirken, soll mir Trost und Antrieb sein, fest und besonnen, aber ungebengt für unsere gemeinsame Sache auch ferner nach Kräften meine Pflicht zu thun.
 Dessau, den 9. Februar 1892.
Heinrich Peus.

Dankfagung.
 Für die zahlreiche Theilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, namentlich dem Gesangsverein „Unverbrochen“ für den Gesang, vielmals Dank.
 1884b **Dwe. Schmidt.**

Achtung! Achtung!
Arbeitslose Maurer!
Freitag, den 12. Februar 1892, Vormittags 10 Uhr:
Oeffentliche Versammlung
 in der Brauerei Friedrichshain (fr. Lips).
 Tages-Ordnung: 1. Die Arbeitslosigkeit im Gausach und wie ist dem Abhilfe zu schaffen. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 427/11 **W. Gerde, Straßburgerstr. 88.**

Achtung! Bauarbeiter! Achtung!
Freie Vereinigung der Bauarbeiter
 Berlins. 129/17
Sonntag, den 14. Februar, Vormittag 11 Uhr,
Oeffentliche Versammlung
 in **Scheffer's Salon, Inselstr. 10, 2. Et.**
 Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Herrn C. Schulte:** Die Stellung der Arbeiter gegenüber der sozialen Gesetzgebung. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Neue Mitglieder werden aufgenommen. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Bauarbeiters, in dieser Versammlung zu erscheinen. **J. M. des Vorstandes: W. Bernau, Swinemünderstr. 47.**

Achtung! Nieder-Schönweide-Johannisthal! Achtung!
Sonnabend, den 13. Februar, Abends 8 Uhr:
Gr. öffentl. Volks-Versammlung
 für Männer und Frauen
 im grossen Saale der **Borussia-Brauerei.**
 Tages-Ordnung:
 1. Unsere Latit! Referent: Reichstags-Abgeordneter **C. Schulte.**
 2. Diskussion. 3. Wie stellen wir uns zu den bevorstehenden Gemeindevahlen? 4. Wahl eines Vertrauensmannes.
 Alle Einwohner von Nieder-Schönweide, Johannisthal und Umgegend werden ersucht, in dieser Versammlung recht zahlreich zu erscheinen.
 420/20 **Der Einberufer.**

Adlershof!
Gr. öffentliche Volks-Versammlung
 im Lokale von **Wiedemann & Manofski**
 am Donnerstag, den 11. Februar, Abends 8 1/2 Uhr.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag über die Gemeindevahlen. Ref.: **Schuhmachermstr. Th. Mehner, Berlin.** 2. Diskussion. 3. Wahl eines Wahlkomitees.
 420/19 **Der Vertrauensmann.**

Zur gefl. Beachtung!
 Laut Beschluß der letzten Generalversammlung hat sich der Fachverein der Lederarbeiter zu Gunsten des Zentralverbandes der Buchbinder aufgelöst. Alle diejenigen, welche Forderungen zu erheben berechtigt sind, werden bei Verlust des Anrechts ersucht, dieselben bis zum 18. d. Mts. bei Herrn **G. Haunschildt, Mariannenplatz 5,** einzureichen; derselbe ist bereit, restirende Beiträge Abends von 7 1/2-9 Uhr in seiner Wohnung, sowie Sonntag Vormittag **Kunnenstr. 16** und am Montag in der Versammlung des Fachvereins der Buchbinder entgegenzunehmen.
 202/15 **Die Liquidations-Kommission.**

Berliner Kranken- und Begräbniskasse für Frauen und Mädchen (C. S. Nr. 97.)
Sonntag, den 21. Februar d. J.,
Nachmittags 4 Uhr
General-Versammlung
 in **Norbert's Lokal, Beuthstr. 22.**
 Tagesordnung: 152/7
 1. Auflösung der Kasse.
 2. Beschlußfassung über die in § 24 des Statuts vorgesehene Bestimmungen.
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand,
Fr. Freundreich, Otto Köppon,
 Vorsitzender. Raffiner.

Achtung! Gesangsverein „Seue-
felder“. Sonntag, den 14. d. M., früh 9 Uhr: Treffen u. Abfahrt vom Bahnhof Alexanderplatz zur Herrenpartie nach Friedrichshagen. Freunde und Kollegen willkommen. 1874b

Sollte aus irgend welchen Gründen am Donnerstag, den 11. Februar, der Nationalökonomie-Unterricht in der Tischschule, **Martinsstrasse 31,** ausfallen, so bitte ich alle Schüler dieser Stunde trotzdem zu erscheinen, um etwas Wichtiges zu besprechen. 1884b
J. A.: Friz Wiente.

Steppdecken!!
 größte Auswahl!! am billigsten in **Emil Lefevre's Fabrik,** Berlin, Oranienstr. 158. [1890L
 1 Posten **Schlafdecken** mit kleinen Flecken
 Stück 4, 6, 8 und 10 Mark.
Werth das Doppelte!!
 Muster, Preisliste gratis u. franko.

Künstliche Zähne 2 Mark.
 Plomben von 1.50 M. an. Schmerzloses Zahnziehen 1 M. Sprechstunden 8-7 Uhr. Zahnarzt **Robert Wolf,** Chausseest. 123, am Oranienb. Thor
 Stunden-Tischlerei (4 Bänke) 20 Jahre bestehend, Krankheitshalber zu verkaufen **Wasserthorstr. 14, Hof 1 Tr.** 1877b

Bierverlag nebst **Auschanf** für 6000 Mark bei 1500 Mark Anzahlung zu verkaufen. Offerten unter **Z. K.** an die Exped. d. Blattes zu richten. 1876b

Damen-Maskengarderobe verleiht **Jacobi, Luisenstr. 89 II.** [1833b

Kinderwagen. Größtes Lager Berlins **Andreasstr. 23 D. p.**

Allen werthen Genossen empfehle ich als ganz vorzüglich in Brand und Geruch meine preiswerthe
5 Pf.-Cigarre No. 1
 und die
6 Pf.-Cigarre No. 24.
O. Stadelmann,
Manteuffelstr. 75.

Vereinszimmer, 15 u. 50 Pers. fast zu vergeb. **Glick, Simeonstr. 23.**

Schöne Regalbahn, 25 Meter lang, **Zeughofstrasse 8.**

Vereins-Zimmer für 80 Personen **Zeughofstrasse 8.** 1885b

Ein sauberes Bett (roth), ein Spind sofort billig zu verk. **Dieffenbachstr. 23,** vorn 3 Tr. bei **Mary.** 1881b

Möbl. Schlafstelle für 2-3 Herren **Färstenstr. 9,** vorn 2 Tr. rechts. [1978b

Arbeitsmarkt.
 Eine Barockergolderin verlangt **Röpnickerstrasse 115.** 1886a
Erster Zentralverein für Zuschneider in Prag ist in der Lage, jeder Zeit solide und prakt. Zuschneider den Herrn **Chefs** anzuempfehlen. Nähere Auskunft erteilt der Kon-ditions-Ausschuß des Vereins in Prag **Nr. 10 - 1.** 1942b
Musik-Kapelle, 5 Mann, für sich verlangt **Trinkaus, 1878b**
Wilhelmberg.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

168. Sitzung vom 10. Februar, 2 Uhr.

Am Bundesrathstische: v. Boetticher, v. Rathahn, Thielens, Reichsbau-Präsident Dr. Koch, v. Marschall. Zur zweiten Beratung steht der Gesetzentwurf, der den Bundesrath ermächtigt, die Ausherkatzung der Vereinsthaler österreichischen Gepräges unter Einlösung derselben auf Rechnung des Reichs im Verhältniß von 3 M. für den Thaler anzuordnen.

Die XXIII. Kommission hat die Vorlage einstimmig angenommen.

Referent Abg. Wachen bemerkt, daß die Vorlage mit der Währungsfrage in gar keinem Zusammenhang stehe und daß demnach die Debatte in der Kommission sich sehr vereinfacht habe. Nach dem mit Oesterreich getroffenen Abkommen übernehme dieser Staat einen Betrag von 20 Millionen Mark zu dem Satze von 1 1/2 Gulden für den Thaler, also zu einem höheren Preise, als ihn augenblicklich das Feinsilber auf dem Weltmarkt habe. Der entsprechende Verlust würde sich auf etwa 4 1/2 Millionen Mark belaufen. Die in Oesterreich bevorstehenden Maßregeln zur Regelung der Valuta machten eine sehr rasche Entwicklung dieser Angelegenheit notwendig.

Die Vorlage wird ohne weitere Debatte unverändert angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Etats für die Verwaltung der Reichs-Eisenbahnen. Der Etat schließt ab in Einnahme mit 55 639 000 M., mehr gegen das Vorjahr 677 000 M. Die Ausgaben für die Zentralverwaltung betragen 83 200, die für die Betriebsverwaltung 35 781 000, zusammen 35 814 200 M. Der Ueberschuß beläuft sich auf 19 824 000 M. An einmaligen Ausgaben werden 14 358 300 M. gefordert.

Die Budgetkommission (Referent Abg. Hammacher) beantragt die unveränderte Genehmigung der Einnahmen und der ordentlichen Ausgaben. In der Kommission ist auf die Anfrage wegen der Zangriffnahme der Tarifreform seitens des Eisenbahnministers eine zur Zeit ablehnende Antwort erfolgt. Die Notwendigkeit der Personentarif-Reform hat der Minister anerkannt und in Preußen für den Lokalverkehr bereits eine Vorgehensweise in die Wege geleitet. Einem weiteren Vorgehen auf diesem Gebiete haben sich erhebliche finanzielle Bedenken entgegen gestellt.

Abg. Dr. Lingen (Zentr.): Es ist anzuerkennen, daß auch im letzten Jahre seitens der Generaldirektion der Reichseisenbahnen mit der Durchführung der Ordnung Gottes, der Sonntagsruhe, für die sämtlichen Beamten weitere Fortschritte gemacht worden sind. Es ist aber noch immer nicht genug geschehen. Die Zentralverwaltung verfährt noch immer viel zu bürokratisch bei ihren Maßnahmen zur Befriedigung der religiösen Bedürfnisse ihrer Beamten.

Minister Thielens: Der neu eingetretene Chef der Reichs-Eisenbahnverwaltung hatte das dringendste Interesse, sich persönlich an den Arbeiten der Budgetkommission zu beteiligen, umso mehr, da er auch parlamentarischer Reuling war. Es ist das ernsthafteste Bestreben der Verwaltung, die Dienststunden der Beamten auf das äußerste Maß beschränken, was mit der Sicherheit des Dienstes noch zu vereinbaren ist. Zum Studium der betr. Verhältnisse an allen in Betracht kommenden Orten ist eine Kommission niedergesetzt worden, welche für die Regelung und Durchführung der Sonntagsruhe im Einzelnen auf Grund der sogenannten Erfahrungen Vorschläge zu machen hat.

Abg. Schrader (Hr.): Die Frage der Reform der Eisenbahn-Tarife hat im vorigen Jahre eine besondere Kommission des Reichstages beschäftigt, welche aber nicht mehr zur Berichterstattung gekommen ist. Heute haben wir nun seitens der Verwaltung nur die Erklärung erhalten, daß die finanzielle Lage in Preußen und Deutschland überhaupt eine weitere Reform der Tarife unmöglich mache. Die preussische Staatskasse hat im vorigen Jahre eine etwas geringere Summe von den Staats-eisenbahnen erhalten als sonst, obwohl der Ueberschuß der Bahnen nach wie vor ein außerordentlich hoher ist. Aber die Verbindung der preussischen Bahnen mit den Staatseinnahmen mache nach der Ansicht des Herrn Miquel weitere Reformen zur Zeit unmöglich. Die Reichseisenbahnen spielen nun im Vergleich zum Reichshaushalt eine bescheidenere Rolle. Demnach sollen wir durch die Lage der preussischen Bahnen an jedem Schritt der Reform verhindert sein. Die Reform der Personentarife würde dort einen Ausfall von zwei Millionen hervorrufen. Dieser Ausfall würde aber doch zum Theil ersetzt werden durch die Vermehrung des Verkehrs. Aber der Chef der Reichseisenbahnen ist in der Kommission bei seiner Erklärung geblieben, weil diese Theilreform ihren Einfluß auf die benachbarten Bahnen ausüben würde. Früher hat man solche Rücksicht nicht genommen, vielmehr sich nicht gescheut, den Nachbarn Konkurrenz zu machen und niedrige Tarife einzuführen. Das jetzt jede Reform in ganz Deutschland still steht, weil die preussischen Staatsbahnen eine Verminderung ihrer Einnahmen nicht ertragen können, ist die Folge der Verstaatlichung der preussischen Bahnen. Gewiß muß jede derartige Reform genau überlegt werden, denn sie kann, falls angefangen, den Verlust kolossaler Summen mit sich bringen. Aber sie wäre durchführbar gewesen, wenn nicht diese allgemeine Rücksicht dazwischen getreten wäre. Das muß deutlich ausgesprochen werden, damit Jedermann im Deutschen Reich weiß, warum diese so lang ersehnte Tarifrevision nicht zu Stande kommen kann. In der Kommission hat man auch die Frage der Vorbildung der höheren Eisenbahn-Beamten erörtert. Es ist in Aussicht genommen, diese Vorbildung nach der praktischen Seite zu vervollständigen; in dieser Beziehung ist die Erklärung des Ministers in der Kommission mit Dank aufzunehmen. Ich hoffe, daß es sich darum handeln wird, dem, was der verstorbenen Abg. Berger den Affessorismus in der Eisenbahn-Verwaltung nannte, entgegenzutreten. Dadurch wird es auch wohl möglich werden, das Schreiwert in der Verwaltung etwas zu vermindern.

Minister Thielens: Die preussische Staats-Eisenbahn-Verwaltung weiß sich davon frei, daß sie an der Fortführung der Reform der Personentarife gerade durch ihre Eigen-schaft als Staatsbahn-Verwaltung gehindert würde. Sie hat eine große Anzahl von Verkehrsvereinfachungen und Verbesserungen geschaffen, welche direkte Reformen waren. Den Reformbestrebungen ist neben den Rücksichten auf die Finanz-lage noch das andere Moment hindernd in den Weg getreten, daß man sich über ein Reformprojekt, das allen Anforderungen genügte, noch nicht hat einigen können. Süd- und Norddeutsch-land sind verschiedener Meinung, und ebenso die Bezirks-Eisenbahnräte in Preußen. Der Wegfall der vierten Klasse ist ebenso auf Widerspruch gestoßen wie die Art und die Höhe der Ermäßigung der Tariffähigkeit. Die Reform der Personentarife ist auch nicht so dringlich als diejenige der Gütertarife. (Sehr richtig! recht!) Unter der Herrschaft der jetzigen Tarife hat sich der Verkehr wenig entwickelt. Es ist dabei auch nicht außer Acht zu lassen, daß die Staatsbahn-Verwaltung bemüht gewesen ist, auch nach anderer Richtung hin den Verkehr im Allgemeinen zu entwickeln, durch Einlegung neuer Züge, durch Beschleunigung der Züge, durch Einführung der dritten Klasse in die Schnellzüge,

durch Einlegung von Schlafwagen und dergleichen, so daß wir uns mit unseren Eisenbahnwegen dreist neben die entwickeltesten Völker Europas stellen können. Allerdings hat Ungarn eine ganz außerordentliche Ermäßigung der Personentarife eintreten lassen; aber wenn Sie die Fahrgelegenheiten vergleichen, die Ungarn hat und diejenigen, die wir haben, so wird der Vergleich so sehr zu Ungunsten Ungarns ausfallen, daß die Ermäßigung gar nicht mehr in Betracht kommt; Durch eine Ermäßigung der Personentarife würde nicht erreicht werden, daß die Passagiere von den Hauptzügen auf die Nebenbahnen übergehen, sondern im Gegenteil, die jetzt schon überlasteten Züge würden noch mehr belagert werden und die Nebenbahnen würden nach wie vor leer ausgehen. Eine Entlastung in dieser Richtung würde also überhaupt nicht eintreten. Daß nicht allein finanzielle Gründe vorwalten, beweist ja schon die Einführung des ermäßigten Vorratstaris für Berlin. In dem ersten Vierteljahr zeigt sich, daß die Einnahmen nicht zurückgegangen sind; daneben sind zwar Mehrausgaben entstanden, welche aber durch den erhöhten Verkehr in den Sommermonaten wieder werden ausgeglichen werden. Ich bestätige, daß die Reform der Vorbildung der höheren Beamten nach der Seite der technischen, nicht der administrativen Ausbildung erfolgen soll. Es soll eine gründliche Vorbildung im praktischen Betriebs-gewalten werden. Ob es möglich sein wird, die Betriebs-Subalternbeamten in größerem Umfange in die höheren Be-amtenstellen aufrücken zu lassen, wird ebenfalls erproben werden.

Abg. Lingen bittet bei der Ordnung der dienstfreien Zeit an Sonntagen um mögliche Berücksichtigung der besonderen Bedürfnisse der beiden hauptsächlich in Betracht kommenden Konfessionen.

Abg. von Stumm (Reichsp.) kann nicht einsehen, wie gerade die Verstaatlichung an dem Ausschub der Reform schuld sein soll. Woher sollen denn die Mittel kommen, welche in Preußen aus den bisherigen Ueberschüssen der Eisenbahnverwaltung für all-gemeine Staatszwecke aufgewendet wurden, wenn die Ueberschüsse durch eine durchgreifende Reform in der Richtung der Ermäßigung der Tarife zum Verschwinden gebracht werden? Will man vielleicht neue Steuern einführen? Weniger bedenklich ist die Herabsetzung des Tarifs für Massengüter, die eine erhebliche Summe nicht erfordern, aber der gesamten Industrie ganz be-deutend nützen würden. Auf der andern Seite dürfen wir nicht still stehen in der Erweiterung des Netzes der Secundärbahnen. Immerhin haben die preussischen Staatsbahnen den preussischen Staat vor einem größeren Defizit bewahrt.

Abg. Schrader vermahnt sich gegen die aus seinen Bemerkungen durch den Minister gezogenen Schlußfolgerungen. Er habe keineswegs die preussische Staatsbahnverwaltung kritisiert, sondern nur ablehnen wollen, daß man die Verhältnisse der preussischen Staatsbahnverwaltung zum preussischen Etat als maß-gebend für die Reichs-Eisenbahnen hinstelle. Die zu lange zurückgehaltene Reform müsse nachher in viel größerem Umfange, als erwünscht sei, geübt werden. Allerdings seien die früheren Reformpläne des Ministers Raybach nicht einstimmig günstig aufgenommen worden, aber deshalb sei die Vertagung der ganzen Reform nicht gerechtfertigt. Die Verkehrsvereinfachungen, welche dem Staatsbahnsystem ange-blich verdankt werden, würden auch durch die Privatbahnen eingeführt worden sein; solche Verkehrsvereinfachungen drängen sich von Jahr zu Jahr von selbst auf, und Tarifermäßigungen und Verkehrsvereinfachungen sind auch von den Privatbahnen in großem Umfange durchgeführt worden. Mit der Tarifreform sind feinerzeit die Privatbahnen gegen den Willen der Staats-Eisenbahnverwaltung vorgegangen.

Abg. v. Schallscha (Zentr.): Wenn die Eisenbahnen in ihren Erträgen zurückgehen, dann muß gespart werden, und man darf sich nicht darauf beschränken, das Sparen bloß zu empfehlen. Neue Steuern will keiner von uns; die Verwaltung muß sehen, daß sie vielleicht mit noch etwas weniger als bisher auskommt. Die Reform der Personentarife ist mir nicht sympathisch. Es wird schon mehr gefahren, als der deutschen Nation gesund ist. Die unbeschränkte Freizügigkeit hat hier manchen Schaden ange-stiftet: Entvölkerung des platten Landes, Uebersättigung der Städte, Gefährdung der Erziehung der Jugend.

Abg. Krause (Hr.): Die Ausführungen des preussischen Eisenbahnministers machen auf mich den Eindruck, als ob nicht die Finanzschwierigkeiten an der Stauung der Reform schuld sind, sondern allgemeine Erwägungen, welche die Regierung bestimmen haben, grundsätzlich einer solchen Ermäßigung zu wider-streben. Die vom Minister angeführten Erleichterungen sind absolut kein Verdienst des Staatsbahnsystems; sie wären alle auch unter dem gemischten System eingetreten. Heute sind wir ausschließlich auf die Regierung angewiesen, wenn wir Verbesserungen verlangen. Darum muß ganz speziell für die Reform des Personentarifs die Stimme im deutschen Reichstage erhoben werden. Was Herr v. Schallscha vortrug, konnte ebenso gut für den Abbruch der Eisenbahnen geltend gemacht werden. Eine ernsthafteste Reform der Personentarife, wie wir sie verlangen, geht nicht gleichgültig an der Frage der Verminderung der Einnahmen vorüber, sondern erstrebt vielmehr die erhöhte Kapitalbindung des in den Staatsbahnen aufgehäuften Kapitals. Seit der Ver-staatslichung ist übrigens durch die Reform der Einkommensteuer allerdings eine neue Steuer oder doch die Erhöhung einer be-stehenden Steuer eingeführt worden. Der Vorgang Ungarns darf uns nicht müßige Zuschauer bleiben lassen. Der Verkehr muß verallgemeinert, vereinfacht und bequemer gemacht werden; die Beibehaltung der vierten Klasse ist also nicht in der Richtung einer wirklichen Reform gelegen.

Minister Thielens: Ich bin keineswegs ein enragierter Gegner der Reform der Personentarife, halte diese Reform vielmehr für um so mehr geboten, als die geltenden Tarife weder ein Mittel zur Einfachheit noch von wirtschaftlicher Logik sind. In beiden Richtungen muß auf ihre Reform Bedacht genommen werden. Abg. Müller (nl.) unterstützt die Forderungen des Abg. v. Stumm auf Ermäßigung der Tarife für Rohstoffe, welche als Massengüter verpackt werden. Die Ermäßigung der Personentarife sei wohl daran gescheitert, daß Niemand etwas Bes-riedigendes für die Reform vorschlagen konnte; es werde des-halb in der nächsten Zeit aus der Reform nichts werden. Bei der Reform der Gütertarife dürften allerdings auch die Stückgüter nicht übersehen werden.

Damit schließt die Diskussion; die Einnahmen werden be-willigt.

Bei den Ausgaben für die Unterbeamten und Arbeiter be-schwert sich

Abg. Singer (Soj.): Wie die Militär- und Marineverwal-tung hat sich auch die Reichs-Eisenbahnverwaltung dafür aus-gesprochen, die einer bestimmten politischen Richtung angehörenden Arbeiter von der Beschäftigung in ihren Betrieben auszuschließen. Von der kaiserlichen Generaldirektion ist eine Verfügung erlassen, wonach die Arbeiter an Vereinen, deren Ziel der Umsturz der bestehenden Gesellschaftsordnung sei, nicht Theil nehmen dürfen, widrigenfalls sie entlassen würden. Das ist die bekannte Theorie von dem beschränkten Unterthanenverstand: Bei Brot ist esse, bei Bier ich singe. Ueber diese Verhältnisse sollten wir ver-nünftiger Weise in Deutschland hinaus sein! Der Staat hat sich um das politische Glaubensbekenntnis der Arbeiter nicht zu kümmern, er darf höchstens politische Diskussion während der Arbeit

begw. des Betriebes von den Werkstätten fernhalten. Die Existenz des Erlasses ist in der Kommission zugegeben worden. Auf Grund der Gewerbe-Ordnung haben die Arbeiter das Recht, sich zusammenzuschließen zum Zwecke der Verbesserung ihrer Lage; sie brauchen dazu Versammlungen und Vereine. Die Verhinderung dieser Bestrebungen ist eine Einmischung in die staatsbürger-lichen Rechte der Arbeiter, der sich gerade eine Staats- oder Reichsverwaltung nicht schuldig machen sollte. Inner-halb des Betriebes soll nach den Erklärungen des Regierungsvortreters jede politische und agitatorische Thätig-keit unterlagert sein. Trotzdem sind einmal während der Dienststunden die Leute veranlaßt worden, jeder 30 Pf. herzugeben, um dem scheidenden Vorgesetzten einen Fadel-zug darzubringen; ebenso hat man sich gar nicht gescheut, bei der Bismarckspende die Arbeiter in Anspruch zu nehmen. Die Vorgesetzten dieser Arbeiter lassen bei Reichstags- und Gemeinderaths-Wahlen Stimmzettel vertheilen und sich als Kandidaten aufstellen, dagegen wird kein Verbot erlassen. Nach verbürgten Nachrichten strebt ja auch die Eisenbahn-Verwaltung danach, Ersparnisse zu machen durch Herabsetzung der Löhne und Entlassungen von Arbeitern. In der Praxis wird leider weit über den Erlaß hinaus gegen die Arbeiter vorgegangen. Ohne Angabe von Gründen hat man einen zwölf Jahre lang beschäftigten Arbeiter entlassen; von den während dieser Zeit von ihm an die Kasse entrichteten Beiträgen erhielt er nur so viel zurück, daß er ein kleines Vermögen von 200 M. einbüßte. Der einzige Grund, der für diese Entlassung vorliegen kann, ist der, daß der Mann vielleicht ein etwas unbequemer Vertreter der Rechte der Arbeiter bei den Verhandlungen mit der Ver-waltung war. Diese Entlassung zeigt, wie solche allgemeinen Verfügungen ausgeübt werden. Der Chef der Reichs-Eisen-bahnen hätte seinen Eintritt in sein neues Amt nicht würdiger feiern können, als wenn er dem Unfug solcher General- Verfügungen ein Ende gemacht hätte. In einem anderen Falle wurde ein Arbeiter in eine Ordnungstraße von 2 M. genommen, weil er entgegen dem Verbot Tabak in der Fabrik verkauft habe. Es handelte sich dabei um die Abkaffung einer ganz minimalen Quantität Tabak an einen Nebenmann. Die Wertmeister da-gegen verkaufen Notiztalender, Kleidungsstücke u. dgl. während der Dienststunden an die Arbeiter, die sich durch die wirtschaft-liche Uebermacht der Vorgesetzten so gedrückt fühlen, daß sie da-gegen nicht aufzutreten wagen. Wir müssen gegen die Auffassung protestieren, daß die Arbeiter durch das Arbeitsverhältnis zu willenlosen Subjekten degradirt werden. In der Kommission haben sich nur die Vertreter der äußersten Rechten im Sinne der Verwaltung der Reichseisenbahnen ausgesprochen. Ich hoffe, daß der Chef dieser Bahnen den Beamten direkt entgegenzogen wird, eine solche Handlungsweise fortzusetzen.

Minister Thielens: Im ganzen Jahre 1891 sind nur fünf Arbeiter im Ganzen entlassen worden, die hier in Betracht kom-men können, zwei davon wegen dringenden Verdachts der Un-rechlichkeit, zwei weil sie sich an Bestrebungen gegen die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung beteiligten. (Hört! links, Zustimmung rechts.) Einen Unterschied zu machen, ob das Ver-gehen in der Werkstatt oder außerhalb derselben geschieht, darauf kann sich die Verwaltung nicht einlassen. (Hört! links. Sehr gut! rechts.) Deshalb ist diese Bestimmung in die Arbeits-ordnung aufgenommen. Die beiden Betroffenen haben sich leb-haft an sozialdemokratischen Versammlungen beteiligt und des-halb ist ihnen gekündigt worden; sie passen nicht in den Staats-Eisenbahndienst hinein. Von einem inquisitorischen Nachforschen nach der Gesinnung ist keine Rede; ich habe in diesem Sinne noch im Oktober an die Generaldirektion einen Erlaß gerichtet. Die große Verantwortung, welche uns obliegt, verpflichtet uns, in unserer ganzen Verwaltung für strenge Ord-nung und Disziplin zu sorgen. Die Generaldirektion ist angewiesen, die Gründe mitzutheilen. (Abgeordneter Rebel: Das sind andere Fälle!) Dann bitte ich mir noch die Namen derjenigen mitzutheilen, welche Sie meinen. Den Handel der Arbeiter in den Werkstätten kann ich nur miß-billigen; in noch höherem Grade natürlich mißbillige ich den Handel, der etwa von Vorgesetzten getrieben wird. Im all-gemeinen kann ich nur anführen, daß gerade in der jetzigen Zeit die Verwaltung mit aller Vorsicht und Rücksicht auf die einzelner Personen, aber auch mit aller Strenge vorgehen wird. (Beifall rechts.)

Um 5 1/4 Uhr wird die weitere Beratung vertagt. Der Präsident schlägt vor, morgen Anträge aus dem Hause zu beraten und zwar betr. die Entschädigung unschuldig Verurtheilter, die Aufhebung der Getreidezölle und den Antrag Windthorst betr. die Aufhebung des Jesuitengesetzes.

Abg. Graf Ballestrem (Z.): Auf Grund einstimmig ge-faßten Beschlusses des Zentrums bitte ich, den letzten Antrag von der Tagesordnung abzusehen. Wir stehen noch wie vor zu diesem Antrage, die Erklärung des preussischen Ministerpräsidenten vom 29. Januar hat aber zu unserm Bedauern gezeigt, daß die preussische Regierung sich ablehnend dazu verhält und daß der Antrag zur Zeit aussichtslos ist. Dieser Umstand allein würde uns nicht veranlassen haben, darauf zu verzichten; wenn wir es dennoch thun, so thun wir es in Hinblick auf die Thatsache, daß die Vorlegung des Volksschul-Gesetzes in Preußen eine hochgradige, wenn auch nach unserer Ansicht unbegründete Erregung im Lande hervorgerufen hat. (Bewegung, Abg. Rebel: Et! ei!) Wir müssen annehmen, daß die Verhandlung über unseren Antrag benutzt werden würde, diese Aufregung noch mehr zu verschärfen, und wir glauben dem Vaterlande einen Dienst zu erwiesen, wenn wir dazu die Hand nicht bieten. (Hört! hört!) Wir vertrauen, daß die Wünsche des katholischen Volkes nach Aufhebung dieses Ausnahmegesetzes doch endlich erfüllt werden und behalten uns vor, den Antrag zu geeigneter Zeit wieder anzulegen.

Präsident von Lechow: Diese Begründung eines Ge-schäftsordnungsantrages war etwas ausführlich! (Große Heiter-keit.)

Schluß gegen 5 1/4 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr. (Anträge aus dem Hause.)

Abgeordnetenhause.

15. Sitzung vom 10. Februar, 12 Uhr.

Am Ministertische v. Schelling und Kommissarien. Die Beratung des Etats der Justizverwaltung wird fortgesetzt. Bei den Ausgaben für die Gerichtsschreiber bittet Abg. Lotzsch, dahin wirken zu wollen, daß die Beamten gleicher Klasse nicht verschiedenen Gehaltsverhältnissen zugewiesen werden.

Referent Abg. Bödiker und Geheimrer Justizrath Bierhaus weisen darauf hin, daß die auf diesem Gebiete vorliegenden Miß-stände durch die Einführung der Altersstufen beseitigt würden, wozu nach einer Mittheilung des letzteren die Vorarbeiten im Ministerium bereits begonnen hätten.

Abg. Radtke (Z.) heßt ebenfalls, daß die jetzt herrschende Ungleichheit baldigt beseitigt werde.

Für persönliche Zulagen für Richter deutscher Abkunft, die über polnische Sprache mündlich und schriftlich mächtig und im Oberlandesgerichts-Bezirk Posen angestellt sind, ist eine Summe von 6000 M. aufgesetzt.

Abg. von Garkinski hält es für notwendig, diesen Fonds zu erhöhen und auch für andere Landestheile anzuwenden.

Abg. Gerlich hält eine Vermehrung des Fonds nicht für notwendig; früher sei die Forderung berechtigt gewesen, als es noch eine große Anzahl polnisch redender Preußen gab. Jetzt vermindere sich die Zahl derselben aber von Jahr zu Jahr infolge des Schulunterrichts. Die große Rücksichtnahme auf die Polen müsse aufhören. Früher sei es vorgekommen, daß man einen Mann, der etwas falsch antrat und einen starken Schnurrbart hatte, vor Gericht polnisch anredete, weil man ihn für einen Polen hielt. (Geisterzeit.)

Die Abgg. Brandenburg (Z.) und von Garkinski befreiten, daß die große Masse der Schulkinder es dahin bringe, sich so geläufig deutsch auszudrücken, daß sie vor Gericht alle ihre Interessen vertreten kann.

Auch die Abgg. Leber (Z.) und von Jagzewski widersprechen den Ausführungen des Abg. Gerlich.

Abg. Szynala (Z.) empfiehlt die Ausdehnung des Fonds auf Oberschlesien, wo das Volk ebenfalls wenig deutsch verstehe.

Abg. Gerlich: Die Kinder lernen in der Schule ganz gut deutsch, sie vergessen es nur, weil sie es vergessen wollen, weil ihre Eltern und die polnischen Zeitungen sie aufstacheln, sich den Deutschen nicht mehr zu bedienen. Vor dem Kreisaußschuß hatte ich neulich drei Zeugen zu vernehmen, sie hießen Goppe, Schulz und Warmbier (Geisterzeit), aber alle behaupteten, nur polnisch zu können.

Abg. Czwalina (Dr.) hält es für notwendig, daß in den polnischen Landestheilen gute Dolmetscher vorhanden sind; man sollte den Fonds erhöhen, nicht um die Zahl der Dolmetscher zu vermehren, sondern um bessere Dolmetscher anzustellen.

Abg. Graf Limburg-Sturum glaubt, daß es sich hierbei nicht um politische Dinge handle, sondern um die einfache Frage einer ordentlichen Rechtspflege. Bei einer verständigen Verwaltung wird sich die Sache sehr leicht regeln lassen.

Abg. Wotzy bespricht, daß die polnischen Zeitungen die Leute aufreizen, ihre Kenntnisse des Deutschen zu verleugnen. Der Fonds wird bewilligt.

Bei den Ausgaben für die Staatsanwälte empfiehlt Abg. Eberhart die Umwandlung der distriktspezifischen Stellen für Assessorien bei der Staatsanwaltschaft in etatsmäßige Stellen; jetzt seien diese Beamten nur kurze Zeit in ihrem Amt, während es wünschenswert sei, die Stellen dauernd zu besetzen. Redner verlangt ferner eine andere Regelung der Vertretung der Staatsanwälte. Es sei peinlich für ihn, als Staatsanwalt für diese Sache einzutreten, allein wer würde aus dem Hause für die Staatsanwälte eintreten, wenn nicht ein Staatsanwalt?

Geheimer Justizrath Lucas: Ich nehme an, daß der Vorredner den Regierungssitz ausnimmt, daß er erwartet, daß bei der Justizverwaltung ein warmes Herz für die Staatsanwälte vorhanden ist. Ich hoffe, daß nach den Erörterungen des gestrigen Tages im nächsten Etat die zuerst vom Vorredner angeregte Frage erledigt werden wird. Bezüglich der Stellvertretung der Staatsanwälte kann ich eine solche Hoffnung nicht aussprechen.

Abg. v. Bülow-Wandstedt (freil.) tritt für eine Aufbesserung der Verhältnisse der Bureaubeamten in den Vororten Hamburgs, namentlich in Wandstedt ein wegen der dort besonders großen Theuerung.

Geheimer Justizrath Bierhaus: Ein einseitiges Vorgehen Preußens zur Befreiung der Vororte in eine höhere Serviceklasse sei nicht möglich, ebenso wenig könne die Justizverwaltung allein für ihre Beamten Theuerungszulagen gewähren.

Abg. Verhe (Dr.) empfiehlt eine Aufbesserung der Gehälter der Gerichtsschreibergehilfen, welche gegenüber den übrigen Bureaubeamten zu niedrig bezahlt seien.

Abg. von Bülow-Wandstedt: Die Justizverwaltung befindet sich etwas im Rückstand bezüglich ihrer Beamten; den Beamten anderer Verwaltungen hat man schon Dienstwohnungen zugewiesen.

Nachdem Abg. Friedberg sich den Ausführungen des Abg. Verhe angeschlossen hatte, erklärt

Geheimer Justizrath Bierhaus, daß die Regierung bei der Neuorganisation der Gehaltsverhältnisse aller Subalternbeamten auch die Verhältnisse der Gerichtsschreibergehilfen berücksichtigen werde.

Bei den sachlichen Ausgaben weist Abg. von Puttkamer-Treblin (kons.) bei der großen Ausdehnung des Amtsgerichtsbezirks Rummelsburg in Pommern auf die Nothwendigkeit der Abhaltung von Gerichtstagen, vielleicht in Treblin, hin.

Abg. Brandenburg empfiehlt den Neubau des Amtsgerichts-Gebäudes in Quakenbrück.

Die ordentlichen Ausgaben werden bewilligt, ebenso die einmaligen Ausgaben, nachdem bei der Position für den Neubau eines Landgerichts in Oels Abg. Eberhard den Dank seiner Wähler, welche Gerichtsinsassen des Bezirks Oels seien, für diesen Neubau ausgesprochen hatte, nachdem ferner auch eine Beschwerde des Abg. Grimm, daß für das Landgericht in Wiesbaden immer noch kein neues Gebäude in Aussicht genommen ist, der Geheimer Justizrath Starke erwidert hatte, daß wegen veränderter Wahl des Bauplatzes auch eine Umänderung des Bauplanes habe erfolgen müssen.

Schluß 2 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend 12 Uhr. (Etat der direkten Steuern.)

Kommunales.

Die Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am Donnerstag, Nachmittags 6 Uhr, enthält u. a.: Vorlage, betr. eine an die beiden Häuser des Bandtages zu richtende Petition wegen des Volkschulgelbes; Entwurfes — Antrag von Mitgliedern der Versammlung wegen unentgeltlicher Auslieferung der Desinfektion der Wohnungen und Effekten bei anstehenden Krankheiten — Berichterstatter über die Vorlagen, betr. die Veränderung eines eingegangenen Theiles der Lortstraße, die Erwerbung von Straßenland vor den Grundstücken Wallstr. 36 und 37 und den Austausch des Grundstücks Laubstr. 23b gegen die Grundstücke Müllerstr. 129—131.

Außerdem findet am Beginn dieser Sitzung die Einführung und Verpflichtung der wiedergewählten Stadtverordneten Bernhardt und Voetmann, sowie des neugewählten Stadtverordneten Dauer statt.

Lokales.

Die Frage der Feier des 1. Mai, welcher dieses Jahr auf einen Sonntag fällt, ist bereits in mehreren hiesigen Versammlungen Gegenstand von Erörterungen gewesen. Es hat deshalb in den letzten Tagen eine private Zusammenkunft bekannter Parteigenossen, Vertreter der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung, stattgefunden, in der die Frage der Maifeier erörtert wurde.

Gelegentlich dieser Besprechung wurde mitgeteilt, daß seitens der Parteileitung auch dieses Jahr wieder eine *Maifest-Nummer* herausgegeben wird, auf deren geistigen Inhalt und technische Ausgestaltung besondere Sorgfalt verwendet werden soll. Außerdem wird für die Teilnehmer an der Maidemonstration ein für ganz Deutschland gleichmäßiges *Festzeichen* hergestellt werden.

Die Teilnehmer der Vorbereitungsarbeiten waren einig darin, daß die Arrangements der Feier dieses Jahr von der politischen Partei getroffen werden sollen, wobei als selbstverständlich vorausgesetzt ist, daß die auf dem Boden der Klassenbewegung stehenden gewerkschaftlich organisierten Arbeiter sich der Feier anschließen werden. Die Leitung der Feier durch die politische Partei erschien angebracht, um den einheitlichen Charakter derselben zu wahren und jede Zerfahrenheit zu vermeiden, wie sie sich gelegentlich der Feier im vorigen Jahre hier und da gezeigt hat.

Bei dem Mangel an genügend großen Lokalen oder freien, den Volksmassen zur Benutzung zugänglichen Plätzen, auf welchen die Hunderttausende von Berliner Arbeitern, welche sich für die Maidemonstration interessieren, Platz fänden, hat man davon abgesehen, eine Zentralisation der Feier in Vorschlag zu bringen. Es fand dagegen der Vorschlag allseitige Zustimmung, daß in den sechs Berliner Reichstags-Wahlkreisen sich Komitees bilden, welche die Vorbereitung der Demonstration in die Hand nehmen sollen. Um aber den einheitlichen Charakter der Feier, so weit möglich, hervortreten zu lassen, wurde angeregt, die Arrangements in den sechs Wahlkreisen möglichst gleichartig zu gestalten und sollen vor allem die Festkarten ein Verzeichnis sämtlicher Festlokale und Festplätze enthalten und dieselben zum Zutritt in allen Lokalen berechnen. Man hofft, daß durch die letztere Einrichtung der Ueberfüllung bestimmter Lokale in etwas gesteuert wird.

In der Zusammenkunft sprach man sich besonders auch dagegen aus, daß auch dieses Jahr wieder besondere *Maifeierbons* ausgegeben werden. Es wurde daraufhin von unterrichteter Seite die Mitteilung gemacht, daß ein solcher Plan von keiner Seite vorliege. Das *Maifestzeichen* solle zum Selbstkostenpreis an die einzelnen Komitees geliefert werden und wird mit demselben, neben dem demonstrativen Charakter, vor allem die Absicht verfolgt, dem Bedürfnis der Demonstranten gerecht zu werden, ohne sie auf die Produkte von Privatspekulation anzuweisen. Es darf wohl angenommen werden, daß die Grundzüge, welche in dieser Zusammenkunft akzeptiert wurden, die Billigung der Klassenbewußten Arbeiter in ganz Deutschland finden und die Maidemonstration deshalb überall im gleichen Geiste arrangiert und gefeiert werden wird.

Das *Leichenbegängnis der Frau Peus* bewies wieder einmal auf das Schlagendste, wie tief Liebe und Dankbarkeit im Herzen des Volkes wurzelt. Wie lesen darüber im „Vollblatt für Anhalt“: „Der Liebe säet, der wird Liebe ernten“, das war der Trost, den unser schwergeprüfter Genosse Peus vom Grabe seiner leider so früh dahingegangenen Lebensgefährtin mit nach Hause trug. Schon in den Vormittagsstunden machte sich in Dessau sonst so stillen Straßen ein geschäftiges Treiben bemerkbar; Stunde um Stunde kamen vereinigte Gruppen von Männern und Frauen die Bismarckstraße herauf, Kränze mit weißen oder rothen Schleifen tragend. Von Rah und Fern, von Götzen, Bernburg, Jerbst, Sudau, Magdeburg und Berlin hatten die Genossen Delegationen geschickt, um dem Genossen Peus ihre Theilnahme an dem schmerzlichen Verlust, den er erlitten, vor aller Welt kundzugeben. Und als Nachmittags der weit über 1000 Teilnehmer zählende Leichenzug sich unter den feierlichen Klängen des Chopin'schen Trauermarsches vom Krankenhaus durch die Stadt nach dem Friedhof III hinausbewegte, mochte Jeder, der die Massen ruhig ihres Weges ziehen sah, deutlich erkennen, daß die Sozialdemokratie in Anhalt bereits eine achtunggebietende Macht geworden ist. Ein stummer Protest, eine lautlose Anklage war dieser Leichenzug, und Keiner fragte, wem diese schwere Anklage galt. Denn sie alle, die hinter dem Leichenwagen einhergingen, hatten nur einen Gedanken, den Keiner auszusprechen brauchte, weil er auf allen Gesichtern zu lesen war. Ob auch der Regen herniederströmte und eine Schlammfluth die Straßen bedeckte, die Tausend walfahrten den mehr als stundenlangen Weg zum Friedhofe hinaus, um am Grabe der dahingegangenen Frau ihres Genossen als Zeichen der Liebe und Treue ihre Kränze niederzulegen. Es ist kaum möglich, all die Vereine, Klubs und Gesellschaften aufzuzählen, die durch solche Kränzen ihre Sympathie mit dem selbsttragenden Genossen und zugleich der gerechten Empörung über die ihm widerfahrenen Unbill hier Ausdruck gaben. Unmittelbar hinter dem Zuge gingen Deputationen der Frauen von Jerbst, Götzen und Berlin, denen sich die Vertreterinnen des Frauen- und Mädchenvereins „Unverdorben“ zu Dessau angeschlossen. Dann folgte der lange Zug der Männer, eine schier endlose Reihe von Kränzen tragend. Vertreter waren, soweit wir unterrichtet sind, die Parteigenossen von Dessau, der *„Vereinsklub Karl Marx“* Berlin, die Genossen und Genossinnen der *„deutschen Hufabrik Berlin“*, der *„Gefangenenverein“* „Vorwärts II“ Berlin, die *„Ethische Gesellschaft Berlin“*, der *„Arbeiterverein Dessau“*, die organisierten *„Maurer Dessau“*, der *„Gefangenenverein „Vorwärts“ Dessau“*, die *„Brot- und Arbeiter Dessau“*, das *„Vollblatt für Anhalt“*, der sozialdemokratische Agitationsklub Berlin-Ost, die Genossen von Köthen, Magdeburg, Roswig, Sudau, Bernburg und Neubrandenburg, sowie der allgemeine Arbeiterverein Magdeburg. Von den zahllosen Kränzen, die die persönlichen Freunde und Bekannten von Peus gestiftet hatten, gar nicht zu reden.

Doch auch die *„Schuhmannschaft“* nicht fehlte, versteht sich bei einem sozialdemokratischen Leichenbegängnis ja von selbst. Raum hatte der Zug den Friedhof erreicht, so belagerten die Schulleute das Grab, um jede Demonstration im Reine zu erstickten. Trotz dieser Vorkehrungsmaßregeln wurde die Ruhe nicht gestört; denn jeder Genosse war sich bewußt, daß die Feiertagsfeier dieses Augenblicks durch kein vorzeitiges Wort entweiht werden dürfe. Während die Musik Mozarts Requiem spielte, wurde der Zug in die Tiefe gesenkt und Kranz um Kranz von den Genossen auf das Grab gelegt. Als aber Peus selbst an die Gruft trat und mit thranenerfüllter Stimme seinem geliebten Weibe den letzten Schiedspruch zurief, da blieb kein Auge trocken, und selbst die rauhen Wächter des Gefängnisses konnten sich der Rührung nicht erwehren. Das war ein Wechselspiel, der aus der Tiefe eines in seinen heiligsten Gefühlen beleidigten Mannes herbeisich emporrang und lauter, als tausend Worte es gekonnt hätten, die Welt zum Zeugen des ihm widerfahrenen Unrechtes anrief. Und die Umstehenden verstanden diesen Wechselspiel und verließen im Angesicht dieses neuen Opfers, das der Hölle unseres Klassenhaates verschlungen hatte, mit ruhigem Ernst und eiserner Stirne den Friedhof, fest entschlossen, nun erst recht weiterzukämpfen gegen die ausbeutenden Gewalten, damit endlich, endlich die jetzt so vielfach geschändete Gerechtigkeit zu Ehren komme auf Erden.

Ein „*Beitrag*“, welche ein Mitglied der bekannten „oberen Rehtausend“ betrifft, giebt jenen „vornehmen Zirkeln“ wieder einmal für einige Zeit Gesprächsstoff und hat die *„Standardchronik“* der bürgerlichen Gesellschaft um einen neuen „Ball“ bereichert. Der *„Wormarwaarenfabrikant Schlichter“* ist vom *„Beitrag“* gepackt und so kräftig geschüttelt worden, daß er den Konkurs anmelden mußte. Wir halten uns bei der *„Affäre“* nur deshalb etwas länger auf, um unseren Lesern zu zeigen, wie's jene Gesellschaft treibt, welche sich mit Vorliebe als dem *„Sittensrichter“* und *„Moralprediger“* für die arbeitende Bevölkerung aufstellt. Die *„Firma“* Schlichter besteht seit 75 Jahren. Vor zehn Jahren übernahm der jetzige Fallit gewordene Besitzer das Ge-

schäft, was an Besitzsummen 7 Millionen Mark an Werth aufwies. Der *„Firma“* gehörten mehrere Grundstücke in Berlin, Steinbrüche und Granitwerke in der Provinz, ein Gut und ein sich rentirendes Geschäft. Ein der *„Firma“* gehörendes Grundstück in Berlin kaufte das *„Reichs-Versicherungsbank“* für 1 1/2 Millionen Mark! Der Geschäftsinhaber legte sich natürlich gar bald noble Passionen zu: Pferde, Spiel, Weiber — das ist bei den Herren ja so „Mode“. Auf seinem Gute ließ der Mann eine *„Trambahn“* und Ställe für 60 Pferde bauen, die 800 000 M. kosteten. Im Jahre 1889 wurde ein Patent erworben, das große Summen verschlang und keinen Pfennig einbrachte. . . In letzter Zeit diskontirte kein Bankier mehr auch nur ein 100 M. *„Kupon“* der *„Firma“*, die jetzt den Konkurs anmelden mußte. Wechsel im Betrage von 100 000 M., akzeptirt vom *„Firmeninhaber“*, befinden sich in *„Händerhänden“*! Derselbe war auch ein ausdauernder *„Hazardspieler“*, er spekulierte an der Börse, kurz und gut, er war ein „kapitalistischer Geschäftsmann so ganz in de sibola“.

„Eine sehr niedliche Spielgeschichte wird von dem in Konkurs Gerathenen erzählt. Wir wollen dieselbe wiedergeben, weil einer der „Edelsten der Nation“ bei derselben eine sonderbare Rolle spielt:“

In einem Privatirkel war Schlichter mit einem bekannten Offizier, einem Grafen, eine *„Revanchepartie“* eingegangen, die für ihn überaus unglücklich war, während dieselbe für seinen gräflichen Gegner große Chancen bot. Schlichter schnitt hierbei auch mit einem Verlust von 1 300 000 M. ab, von denen indess nur 300 000 M. regulirt worden sein sollen. Die betreffenden Bedingungen wurden als so wenig fair erachtet, daß sie in den eingeweihten Kreisen sehr abfällig beurtheilt wurden, was zur Folge hatte, daß der glückliche Gewinner mit schlechtem Abschied den Dienst verlassen mußte.

Mit anderen Worten, der Mann verlor an den Grafen 1 300 000 M. und zahlte davon nur 300 000 M., — den Rest ist er wahrscheinlich „au Ehrenwort“ schuldig geblieben. Der Graf war zwar Offizier, für welche noch eine ganz beschreibende „Ehre“ erziehen soll, aber das hinderte ihn gar nicht, die 300 000 M. einzuspucken und sich als „glücklicher Gewinner“ den Abschied ertheilen zu lassen. Non olet!

Wer jetzt noch daran zweifelt, daß die bürgerliche Gesellschaft triest vor Moral, Gottesfurcht und frommer Sitte, dem ist nicht zu helfen . . .

„Von der „guten alten Zeit“.“ Daß das *„Großkapital“* die kleinen Industrien langsam aber sicher erdrückt, ist eine Thatsache, welche jetzt auch die bürgerliche Presse zugeben muß. Alle Anstrengungen zur „Hebung des Handwerks“, all der *„Junk- und Innungsstamm“* muß werthloser *„Erde“* bleiben, denn der *„Handwerkerstand“* wird in absehbarer Zeit völlig zum *„Skaven“* des *„Großbetriebes“* herabgesunken sein. Ein Theil dieses *„Proletariats“* hat sich, wie sich Jedermann durch *„Lugenschein“* überzeugen kann, bereits vollzogen, der übrige wird sich vollziehen im nächsten Jahrzehnt, so daß in absehbarer Zeit von dem wirklichen *„Handwerkerstand“* nur noch lässliche Reste von der verschwundenen *„Bracht“* werden Zeugnis ablegen. In welcher Weise dieser *„Aufsaugeungsprozess“* vor sich geht, davon legt eine *„Notiz“* Zeugnis ab, welche wir in dem in unserer *„Nachbarstadt“* Spandau erscheinenden freijüngigen „Anzeiger f. d. Havelland“ finden. Da wird berichtet, wie wieder ein *„Repräsentant“* der „guten alten Zeit“, ein 77-jähriger *„Garnwebermeister“* verstorben ist. „Er war, so heißt es in der *„Notiz“* weiter, einer der letzten *„Repräsentanten“* eines früher hier in großer *„Blüthe“* stehenden *„Handwerks“*, der *„Garnweber“*. Infolge der *„Uebermacht“* der *„Großindustrie“* mußte auch hier, wie in vielen andern Orten, die *„Kleinindustrie“* eingestellt werden, und das *„Weberhandwerk“* wird seitdem in Spandau nicht mehr betrieben.“

Da wird also in trockenen Worten zugeklungen, was sonst von der *„Kapitalistenpresse“* mit *„Vorliebe“* abgetrieben wird: Die *„Großindustrie“* hat einem „früher in großer *„Blüthe“* stehenden *„Handwerk“* den *„Garau“* gemacht und dasselbe so gründlich erzwängt, daß es nicht mehr aufkommen vermochte, sondern eingehen mußte. Vor einem halben Menschenalter noch eine „*Säule“* des *„Handwerkerstandes“*, ist jetzt der letzte *„Repräsentant“* der *„Spandauer Garnweber“* zu *„Grabe“* getragen worden. Ein halbes Menschenalter weiter und Niemand wird mehr wissen, daß im Anfang dieses Jahrhunderts in Spandau eine *„Industrie“* einen Theil der *„Bürgererschaft“* ernährte, von der zu Ende des Jahrhunderts nichts mehr als höchstens der Name vorhanden ist.

Dasselbe Schicksal wie die *„Spandauer Garnweber“* erleidet jetzt die *„Handweber“* im *„Lübeck“* und in der *„schiffischen“* *„Wauß“*, das *„Gewerbe“* der *„Nagelschmiederei“* hat den *„Aufsaugeungsprozess“* bereits hinter sich. Die *„Uebermacht“* des *„Großkapitals“* läßt den *„Kleinbetrieb“* nicht mehr aufkommen, wo immer der *„Fabrikpilot“* raucht und die *„Dampfmaschine“* leuchtet, da hat für den *„Kleinbetrieb“* das letzte *„Stündlein“* geschlagen. Die *„Fabrik“* mit ihren *„Maschinen“*, ihrem *„Waffenkonium“* von *„Hohmaterial“*, ihrem erweiterten *„Abgabebereich“* macht ihre *„Konkurrenz“* dem *„Handwerker“* bald so *„schäblich“*, daß diesem nur noch das *„Recht“* des *„Beruhigungs“* bleibt. Entweder er sagt sich den neuen *„Verhältnissen“* und sucht ebenfalls beim *„Großkapital“* *„Unterstützung“* oder er steht sich binnem *„Nurzem“* vor seinem *„wirtschaftlichen“* *„Ruin“*. Diesen *„Entwicklungsprozess“* kann kein *„Innungszwang“*, kein *„Befähigungsnachweis“* und kein sonstiger *„Junkteam“* aufhalten, er ist eine *„nothwendige“* Folge des *„kapitalistischen“* *„Staates“* und kann erst aufhören, wenn der *„Letztere“* aufgehört hat zu existiren.

„Sire, geben Sie Gedankenfreiheit!“ „Am Sonnabend“, schreibt die *„Freijüngige Zeitung“*, wurde im *„Deutschen Theater“* Schiller's „*Don Carlos“* gegeben. Nach den Worten des *„Marquis Posa“*: „Sire, geben Sie Gedankenfreiheit!“ brach ein laut tönender, sich mehrere Male wiederholender, zum Schluß von *„lauten“* *„Vorwurfs“* begleiteter *„Beifall“* aus, dessen gegen das *„Volkschul-Gesetz“* gerichtete Spitze deutlich erkennbar war.“ In gleicher Weise ist bekanntlich ein ähnlicher Vorgang im *„Festtheater“* zu *„Stuttgart“*, der sich vor kurzem ereignet hat, von der *„freijüngigen“* *„Presse“* dazu benutzt worden, um *„Deklamationen“* über die *„freiheitsliebende“* *„Bestimmung“* unserer *„Bourgeoisie“* daran zu knüpfen. Nun ist aber das *„Publikum“* des *„Deutschen Theaters“* schon seit Jahren, also lange bevor Jemand an das *„Jedwähliche“* *„Volkschul-Gesetz“* dachte, wiederholt und vielleicht sogar *„regelmäßig“* an der betreffenden Stelle in denselben *„laut tönenden“* *„Beifall“* ausgebrochen, ohne daß davon viel *„Aufhebens“* gemacht oder daraus gar ein *„Schluß“* auf die *„Freiheitsliebe“* der *„Hufbauer“* gezogen wurde. Der *„Beifall“* hat auch zweifellos nicht nur dem *„Darsteller“*, nicht dem *„Dichter“* gegolten, da sich in der *„Szene“*, welche mit der *„Herberung“* der *„Gedankenfreiheit“* endigt, *„Gelegenheit“* zur *„Entfaltung“* eines *„besonderen“* *„schauspielerischen“* *„Könnens“* bietet. Wahrscheinlich wird auch den *„neuesten“* *„Beifallsausbrüchen“* am *„Sonnabend“* im hiesigen *„Deutschen Theater“* und vor 14 Tagen im *„Stuttgarter Hoftheater“* dasselbe *„harmlose“* *„Motiv“* zu *„Grunde“* gelegen haben. Dasselbe *„freiheitsliebende“* *„Publikum“* bricht in *„Hohngeächter“* aus, wenn in einem der *„modernen“* *„Dramen“*, welche sich gelegentlich auf die *„ganz“* und *„gar“* vom *„Geldsack“* der *„Bourgeoisie“* beherrschte *„deutsche“* *„Bühne“* verurteilt, die *„wirtschaftliche“* *„Freiheit“* für das *„arbeitende“* *„Proletariat“* gefordert wird. „*Freiheit, die ich meine“*, denkt der *„Bourgeois“* — und fährt fort, seine *„Arbeiter“* auszubuten.

Der *„Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer“* hatte für *„Sonntag“* *„Abend“* in *„Kudlmeys“* *„Salon“* ein *„gemüthliches“* *„Beisammensein“* (mit *„Familie“*) arrangirt, das erste *„gesellschaftliche“* *„Sonntagsgeselligen“*, welches vom *„Verein“* überhaupt veranstaltet worden ist. Die *„Theilnehmung“* war eine so *„erfreuliche“*, daß das *„Komitee“* bei diesem *„Feste“* nicht stehen bleiben wird. Die *„Vorträge“* fanden großen *„Beifall“*, der *„Tanz“* den *„regsten“* *„Zuspruch“*. Das *„Fest“* legte den *„besten“* *„Beweis“* dafür ab, daß die *„Organisation“* der *„Maurer“* eine so *„fest“* *„gefügte“* ist, daß dieselbe noch *„eben“* *„solch“* *„heutigen“* *„Stürmen“* *„Trotz“* bieten kann, wie sie bereits über *„dieselbe“*

abhängig sind. Das die Mitglieder beherrschende Solidaritätsgefühl kann durch nichts erschüttert werden und so kann die Organisation der Berliner Maurer auch heute noch für die übrigen Gewerkschaften Berlins als Beispiel und Muster dienen. Den Festvortrag hielt Kollege Heinrich Fiedler, der nochmals die Kämpfe und Ziele des Vereins, sowie des gesamten Proletariats in kerniger Rede schilderte und diejenigen, welche der Vereiningung noch fernstehen, aufzuredete, nun endlich den Indifferentismus aufzugeben und sich dem Verein anzuschließen, dessen Ziele allein es erreichen könnten, dem Arbeiter die Stellung in der Welt zu verschaffen, die er verdient. Redner wandte sich auch an die Frauen, deren Einfluß es sehr oft fertig gebracht habe, daß die Männer thätige und energische Vereinsmitglieder geworden seien; er forderte die jungen Leute auf, sich so zeitig wie möglich der modernen Arbeiterbewegung anzuschließen, da nur durch diese eine wirkliche Besserung der Lage des arbeitenden Volkes erreicht werden könne. Die jungen Arbeiter pöhlten sehr oft auf ihre körperliche Kraft, durch welche sie ihren Unterhalt reichlich zu verdienen vermeinten. Aber sehr bald sei es mit dieser Kraft zu Ende und Niemand kümmerge sich um die Arbeiter-Veteranen, wenn diese nicht an ihrem Verein eine kräftige Stütze fänden. Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie, in welcher die Anwesenden begeistert einklinkten, schloß der Vortragende. Nach Absingen der Marxhymne wandte man sich wieder den Nummern des Festprogramms zu, das so reichhaltig war, daß ein Teil des Montags zu Hilfe genommen werden mußte, um dasselbe zum Schluß zu bringen.

Wir erhalten folgendes Schreiben, welches für sich selbst spricht: Als langjähriger Abonnent Ihres Blattes erlaube ich mir, Ihnen das folgende mitzutheilen, in der Annahme, daß auch Ihnen dasselbe beachtenswert und zur Veröffentlichung für weitere Kreise geeignet erscheinen wird. Ich lies vor einigen Tagen ein Inserat in die „Sächsische Zeitung“ und „Berliner Tageblatt“ hineinsehen, worin ich einen jungen Mann zum sofortigen Eintritt suchte, der der englischen Sprache mächtig ist, und erhielt hierauf nicht weniger als 200 (sage und schreibe: Zweihundertneunundsechzig) Bewerbungen von lausm. Angestellten im Alter von 20—43 Jahren, die zum größeren Theile bereits stellunglos, zum anderen kleineren Theile aber sich in bereits gefälligten Stellungen befinden. Alle diese Bewerber erklärten, der engl. Sprache mächtig zu sein, und geht man wohl in der Annahme nicht fehl, daß die Anzahl der um diese eine vakante Stelle Ringenden vielleicht die zehnfache gewesen wäre, wenn obige Bedingung in dem betreffenden Inserat nicht enthalten war. Wie lange, darf man angesichts solcher Zustände wohl fragen, wird es noch dauern, bis es auch in den Köpfen der kaufmännischen Angestellten zu dämmern beginnt, bis auch sie einsehen werden, daß nur die Umgestaltung der kapitalistischen Produktionsweise in die sozialistische ihnen Rettung bringen kann. Mögen jenen die sich die aufklärende Propaganda unter den jungen Kaufleuten zur Aufgabe gemacht haben, auch die obigen Zahlen als Material dienen, damit auch die kaufmännischen Angestellten die Reihen des kämpfenden Proletariats verstärken und Schulter an Schulter mit diesem die Verwirklichung der sozialistischen Ideale herbeiführen helfen.

Ein Heirathswunder frecherer Art ist vor Kurzem versucht worden. Zum Opfer war eine Berliner junge Dame auszuwählen worden. Sie ist Inhaberin eines gutgehenden Puhgeschäfts in der K.-Straße. Eines Abends ging sie in ein Theater und lernte dort einen Herrn kennen, der ihr durch sein nobles Auftreten um so mehr imponierte, als er sich als „reichen Amerikaner und Plantagenbesitzer“ einführte. Er bot um die Erlaubniß, einen Besuch machen zu dürfen. Diese wurde gewährt, und als er bei dieser Visite der Dame Herz und Hand anlegte, auch freudig erwidert. Nach Rücksprache mit den Verwandten drang der glückliche Bräutigam auf baldige Eheschließung, da er auf seine Plantage zurück müsse. So wurde denn in feierlicher Eile Alles vorbereitet, das Geschäft verkauft u. d. Der Tag der Hochzeit kam, man ging zum Standesamt, um zu erfahren, daß die Ehe nicht geschlossen werden könne, da die Papiere des Bräutigams nicht in Ordnung seien. Er halte zum Trost für die Braut jedoch gleich eine plausible Erklärung für diesen bedauerlichen Umstand. Als er auf Reisen ging, hatte er ja keine Ahnung, daß er unterwegs das Glück haben würde, eine liebe Braut zu finden, also auch keinen Grund, sich alle Papiere mitzunehmen. Der Bräutigam wußte jedoch einen Ausweg: sie wollten sich in England trauen lassen! Er setzte seinen Willen durch, und nachdem die schöne Aussteuer u. s. w. in Kisten und Koffen untergebracht war, dampfte man ab. Doch als man an die Schiffstation kam, zeigte es sich, daß dem reichen Amerikaner das bare Geld ausgegangen war. Er hatte gerade noch 30 Pf. in der Borsenbörse. Natürlich hatte er viele Werthpapiere bei sich; doch wenn er diese umzuwechseln lassen möchte, würde er an Kursverlust und Wechselgebühren u. eine ziemlich bedeutende Summe an Bankiers verlieren. So ließ sich denn die Braut beschwären, von den 6000 Mark barer Geld, das sie bei sich führte, ihm 1600 M. einzuhändigen. In London angekommen, stieg das Paar in einem Hotel ab, das einem der Londoner Verhältnisse Kundigen, schon wegen seiner Lage in einer überaus ruhigen Vorstadt bedenklich vorgekommen wäre, während die unkundige Dame abnunglos blieb. Sie hat in London eine Tante zu wohnen, die natürlich vorher brieflich über Alles unterrichtet war und die Vorbereitungen für die Hochzeit treffen sollte. Gleich nach ihrer Ankunft fuhr sie zu dieser, und als sie ihr erzählte, wo sie abgestiegen sei, durchfuhr ein Schreck die alte Dame, die mit den Worten: „Du bist einem Schwindler in die Hände gefallen, denn ein feiner Mann, und noch dazu ein reicher Amerikaner, steigt in diesem Hotel nicht ab!“ die Nichte aufforderte, sofort mit ihr zurückzufahren, um zu retten, was noch zu retten war. Die Abnung war nur zu richtig. Bei der Ankunft im Hotel überraschten sie den Gauner, als er gerade daran war, die Sachen der Braut mit Hilfe von Komplizen fortzuschaffen. Natürlich verschwand er blitzschnell. Die junge Dame kehrte dann um eine Lebre reicher und Lehrgeld ärmer nach Berlin zurück, wo sie wieder in ihr Geschäft als Theilhaberin eintrat.

Die Mitglieder der Familie von Kleist werden durch Inserat in der „Kreuz-Zeitung“ zu dem diesjährigen Familientage am 4. März eingeladen. Am 4. März hat Graf Kleist vom Loß sein Gefängnißstrafe von fünfviertel Jahren, die ihm justitiell wurde, weil er einen Restaurateur lebensgefährlich mißhandelte, bereits verbüßt, so daß er im Kreise der Seinen über seine Erlebnisse in Plöcken wird berichten können.

Ein „schwerer“ Diebstahl ist vor einigen Tagen auf dem Hofe des Grundstücks Leipzigerstr. 121 verübt worden. Dort haben Diebe eine der Oeferei-Altengehilfschaft gehörige Bronze-Figur im Gewicht von drei Zentnern entwendet. Die 1/2 Meter hohe Figur, eine weibliche, trauernde Gestalt mit antikem Gewande, repräsentiert einen Werth von 240 Mark. Die Eigenthümer haben auf die Ermittlung der Thäter eine Belohnung von 30 Mark ausgesetzt.

In der Kroll'schen Mordaffäre wird von dem Untersuchungsrichter beim Landgericht II folgende Bekanntmachung erlassen:

In der Voruntersuchung gegen den Gymnasialer Kroll und Genossen wegen Mordes ist es von Wichtigkeit, folgende Personen zu ermitteln und zu vernehmen: 1. denjenigen Mann, welcher am Morgen des 17. Dezember 1891 die Leiche der Amalie Kroll zuerst erblutet und dies dem Arbeiter Paul vor dem Schlegel'schen Kohlenplatz in Weissenhof mitgetheilt hat; 2. denjenigen Bäckergehilfen, welcher an jenem Morgen dem p. Paul beim Abnehmen der Leiche beistand. Alle diejenigen, welche über den Aufenthalt der genannten Personen Auskunft zu geben, resp. sonst etwas über die Sache zu bekunden vermögen, werden

aufgefordert, sich behufs kostenloser Vernehmung merklich Vormittags zwischen 10 und 12 Uhr bei dem Untersuchungsrichter hier, Rathenowerstraße 112, Zimmer 73 zu melden.

Der fleißig verfolgte Bürgermeister a. D. Hugo Müller ist in Jnowrazlaw endlich ergriffen und am Montag in das Moabitische Untersuchungsgefängniß eingeliefert worden. Der moralisch gänzlich herabgekommenen Mann hatte sich hier in Berlin in zahlreichen Fällen an wohlthätige heirathslustige Wittwen herangeschlingelt, hatte ihnen das Verheirathen versprochen und ihnen allbaldig ganz beträchtliche Summen abgeschwindelt, bis endlich eine der Geprüelten Anzeige erstattete.

Ein gräßlicher Unglücksfall hat sich gestern in der Nähe des Bahnhofes zu Spandau ereignet. Dort ergriff der Mittags vom Anhalter Bahnhofe in Berlin einlaufende Zug die Frau eines Bahnwärters, welche ihrem Mann das Mittagessen bringen wollte, und jermalmte die Unglückliche, welche auf der Stelle ihren Geist aufgab.

Ein in der Brunnenstraße angestelltes Dienstmädchen soll ihr neugeborenes Kind erstickt haben.

Die 3. Generalversammlung der katholischen Arbeitervereine Berlins und Umgegend tagte am Dienstag Abend unter dem Vorsitze des Generalpräses der katholischen Arbeitervereine Berlins und Umgegend, des fürstbischöflichen Delegates Propst Dr. Jahnke. Von den Arbeitern hatte Niemand etwas zu sagen. Die Gänge redete der Kaufmann Fuchs aus Köln. Er sprach über den Segen der christlichen Arbeit. Der christliche Arbeiter weiß, daß sein Schweißtropfen, den er in harter Arbeit vergießt, umsonst fließt; wenn er keinen Lohn hier empfängt, der überirdische um so reichlicher ihm zugemessen werden wird. Wie schade, daß in der Versammlung kein christlicher Arbeiter seine Meinung über diese Lösung der Lohnfrage aussprach.

Polizeibericht. Am 9. d. Mts., Vormittags, fand in der Kunstwoll-Fabrik von Hahn, Schillingstraße 12, eine Kessel-explosion statt, wobei der Heizer Bull außer dem Bruch beider Unterschenkel so schwere Verletzungen am Kopfe erlitt, daß er bald darauf im Krankenhause am Friedrichsbain starb. — Mittags wurde in dem Hause Brunnenstraße 88a in einer Kochmaschine die Leiche eines Kindes aufgefunden, das ein Mädchen in der Nacht zum 8. geboren hatte und anscheinend sofort erdrosselt hat. — In der Spree, nahe der Waisenbrücke, wurde zu derselben Zeit die völlig verweste Leiche eines unbekanntes Mannes angeschwemmt. — In der Wohnung des Kaufmanns Bredow, Dresdenerstraße 112, entstand Nachmittags beim Desillieren von Viqueur dadurch Feuer, daß der in einer Flasche befindliche Spiritus sich entzündete und die Kleider einer Frau in Brand setzte. Hierbei erlitt die Frau so schwere Brandwunden am ganzen Körper, daß sie, nachdem ihr von Mannschaften der Feuerwehr ein Verband angelegt worden war, nach dem Krankenhause Bethanien gebracht werden mußte. — An der Ecke der Markgrafen- und Kronenstraße wurde Abends ein Arbeiter von einem Kollwagen überfahren und erlitt einen Bruch des Unterschenkels. Er wurde nach der Charité gebracht. — Im Hause des Tages und in der darauf folgenden Nacht fanden vier kleine Brände statt.

Gerichts-Beifung.

In Sachen wider Peind steht am 15. Februar, 11 1/2 Uhr Vormittags, vor der Strafkammer zu Magdeburg Hauptverhandlungs-Termin an. In Sachen wider den Abgeordneten Redakteur Schmidt (Burgstraße) steht am 25. Februar, 9 Uhr, vor dem Reichsgericht Termin an. Es kommt in diesem Termin die Frage der Immunität der Abgeordneten zur Entscheidung durch das Reichsgericht.

Eine äußerst gefährliche Verbrecherin auf lange Zeit unschädlich zu machen, gelang gestern der zweiten Strafkammer hiesigen Landgerichts I in dem Strafverfahren gegen die Frau Karoline Barisch geb. Kruse. Dieselbe hatte sich wegen einfachen und schweren Diebstahls, Betruges, Urkundensäufung und acht Fälle der verächtlichen Verleitung zum Meineide zu verantworten. Die schon wiederholt verurtheilte Angeklagte ist keine romantische Verbrecherin, welche irgend welche Großthaten auf dem Gebiete des Diebstahls auszuweisen hat; sie hat auch bei den jetzt zur Anklage stehenden Fällen nur im Kleinen gearbeitet, doch ist die Planmäßigkeit ihres Vorgehens und die Hartnäckigkeit geradezu verblüffend, mit welcher sie gegen das massenhafte auf sie eindringende Verweismaterial bis zuletzt ankämpfte. Bei den Urkundensäufungen handelte es sich um Leihkontrakte, durch welche die Angeklagte ganze Mobilienausstattungen verschaffte, um dieselben schleunigst weiter zu verkaufen. Am gefährlichsten scheint die Angeklagte auf dem Gebiete der Urkundensäufung zu sein. Es ist festzustellen, daß sich dieselbe in einer ganzen Anzahl von Zivil- und Strafprozessen an verschiedene Zeugen herangedrängt und versucht hat, dieselben zu falschen Aussagen vor Gericht zu bewegen. — Der Staatsanwalt beantragte wegen der großen Gemeingefährlichkeit der Angeklagten gegen dieselbe das höchst zulässige Strafmaß von 15 Jahren Zuchthaus und Ehrverlust auf die Dauer von 10 Jahren. Der Gerichtshof erkannte auf 8 Jahre Zuchthaus und entprechenden Ehrverlust. Mitangellagt war der Räuber die Edward Simonetti, an welchen die Angeklagte Mobilienstücke im Werthe von 400 M. für 200 M. verkauft hatte. Er wurde deshalb der gewohnheitsmäßigen Hehlererei beschuldigt, doch nahm der Gerichtshof nur einen Fall der Hehlererei für erwiesen an und verurtheilte den Angeklagten zu 1 Jahr Gefängniß. Eine gleichfalls mitangellagte Frau Alt erhielt wegen Begünstigung eine Woche Gefängniß.

Erbliche Unterschleife, für welche der hiesige Speiditeur-Verein erschaftlich gemacht worden ist, kamen in einer Anklage wegen wiederholten Diebstahls zur Sprache, die gestern die III. Strafkammer gegen den Bodenmeister Aug. Ferd. Ulrich zu verhandeln hatte. Der Speiditeur-Verein besitzt auf dem Othobahn eine Halle, in welcher er die umfangreichen Läger unterringt, die ihm von Auserhalb zur Beforgung an die einzelnen Kunden zugestellt werden. Die Oberaufsicht führte der inzwischen verstorbenen Inspektor Müller, der Angeklagte hatte den Posten eines Lagerverwalters. Von den Vorräthen dieses Lagers verschwanden im Jahre 1889 häufig größere Posten auf unerklärliche Weise, die Verluste rückten sich jedoch immer erst dann heraus, wenn die Auftragsgeber mit dem Speiditeurverein abrechneten und dabei feststellten, daß dieser weit geringere Posten abfuhr, als ihm thatsächlich mit der Eisenbahn zugehellt worden waren. Inwiefern die damalige Kontrolle und Geschäftshandhabung Seitens des Speiditeurvereins eine unzulängliche war oder der verstorbenen Inspektor Müller selbst etwa Inkorrektheiten sich hat zu Schulden kommen lassen, möge dahin gestellt bleiben; durch eine bei der Staatsanwalt schließlich eingegangene Denuntiation wurde der Angeklagte beschuldigt, in zahlreichen Fällen diese Diebstahle, für welche der Speiditeurverein mehrere Tausend Mark Ersatz hat leisten müssen, ausgeführt zu haben. Es fehlten ganze Posten Getreidemehl, ganze Körbe mit Champagner und anderem Wein, Käse in großer Zahl, Butter u. s. w. u. s. w. Besonders groß waren die Posten von Getreide und anderen Jerealien, welche im Laufe der Jahre 1888—1890 abhandeln gekommen sind. Ob der Angeklagte alle diese Diebstahle ausgeführt hat, scheint nicht festzustellen, es ist vielmehr zu vermuthen, daß auch andere Personen daran theilhaftig gewesen

sind. Soviel ergab sich der aus der gefirigen umfangreichen Beweis aufnahme, daß der Angeklagte sich ein kleines Gebäude auf dem Bahnhofe zu einem Käsefall eingerichtet, die Käse täglich dreimal mit gekochtem Getreide gefüttert und einen schwung vollen Käsehandel betrieben hat. In einem nahegelegenen Schanklokale schenkte und Zusammenkünfte mit Abnehmern von Getreide stattgefunden zu haben, wenigstens hat der Schankwirt, Buschle wiederholt Gespräche wahrgenommen, die sich auf die Lieferung von Getreide bezogen. Der Zeuge Buschle bekundete auch, daß der Angeklagte sehr viel Geld bei ihm verzehrt und von seinem Schanklokale aus wöchentlich mehrmals Gänse, Spackel, Schmalz, Wein u. s. w. seiner in der Woltersdorfer Schleuse Sommer wohnenden Familie zugesandt habe. Der Angeklagte, welcher hervorhob, daß er mit dem Schankwirt Buschle sich überworfen habe, bestritt in allen Fällen seine Schuld und schob dieselbe zum Theil auf den verstorbenen Müller. Der Staatsanwalt gab zu, daß volle Klarheit über die recht erheblichen Diebstahle nicht habe erbracht werden können, erachtete jedoch den Angeklagten in mehreren Fällen für überführt und beantragte gegen denselben 8 Monate Gefängniß. Der Gerichtshof erkannte auf 4 Monate Gefängniß.

Soziale Uebersicht.

Die Klagen der Molkerei in Randow stellten die Arbeit ein, weil ihnen der Lohn gekürzt werden sollte.

Gegen 250 Arbeiter sind auf den Oberberger Dampf-Schneidemähdern entlassen worden.

„Du darfst nicht sozialdemokratisch handeln, das wirst Du wissen,“ sagte der Braumeister einer Münchener Brauerei zu einem Brauehilfen, als derselbe erklärte, daß er es nicht leisten könne, 27 Stunden — sprich siebenundzwanzig Stunden — ununterbrochen zu arbeiten, wie es der Braumeister verlangte.

Ein Verbandstag der Textilarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands soll zu Othern dieses Jahres in Eberfeld stattfinden. Auf der Tagesordnung steht als wichtigster Punkt die Stellungnahme zu den Beschlüssen der Halberstädter allgemeinen Gewerkschafts-Konferenz. Im Anschlusse an diesen Verbandstag ist die Abhaltung eines Textilarbeiter-Kongresses, ebenfalls in Eberfeld, geplant.

Aus den Tiefen des sozialen Elends. Im Hamburger Upl für obdachlose Männer fanden seit 25. März u. J. bis Ende Januar d. J. 13.200 Personen insgesamt 28.356 Mal Nachquartier, dagegen betrug die Zahl der Obdachlosen im Januar d. J. allein 4681, und zwar rangirten dieselben dem Alter nach folgendermaßen: 541 Personen fanden im Alter bis zu 20 Jahren, 767 Personen waren 20—30 Jahre, 368 Personen 31—40, 175 Personen 41—50, 60 Personen 51—60, und endlich 14 Personen über 60 Jahre alt. Der bisher älteste Uplist war 81 Jahre.

Zur „Armenpflege“. Einem Arbeiter in Bremen, welcher etwa 5 Monate arbeitslos ist und Frau und acht Kinder zu ernähren hat, wandte sich — wie die „Bremer Bürger-Ztg.“ berichtet — endlich an den Armenoorfänger seines Bezirks um Hilfe. Nach mehreren vergeblichen Gängen sprach man ihm eine Unterstüzung zu: dreimal wöchentlich darf er für sich und seine Familie eine Suppe holen lassen und monatlich verabsolgt man ihm 2 Mark baar. Dabei wurde verlangt, daß die Frau — trotz ihrer acht Kinder! — auf Arbeit gehen solle.

Hungerlöhne. Der Redaktion der „Schwäbischen Tagewacht“ in Stuttgart legte dieser Tage eine Dame eine garnirte Schürze, für welche von einer großen dortigen Firma sieben Pfennige Arbeitslohn bezahlt werden, mit der Frage vor: „Wie kann ein Mädchen oder eine Frau bei einem solchen Verdienst bestehen?“ Die Arbeit an einer solchen Schürze erfordert bei einer gewandten Näherin eine gute Stunde, ergiebt also bei zehnstündiger effektiver Arbeitzeit einen Tagesverdienst von 70 Pf., in der Woche 4 M. 20 Pf. — Was sagt Eugen Richter's Spar-Agnes dazu?

Kapital gegen Kapital. Verschiedene böhmische Zuckerfabriken planen die Errichtung eigener Spiritusbrennereien, um das Relassekartell zu brechen.

In Prag verlangten, wie die „Volls-Ztg.“ berichtet, am Mittwoch vierhundert beschäftigungslose Arbeiter vor dem Rathhause stürmisch Arbeit und Brot. Eine vom Bürgermeister empfangene Deputation erklärte, daß in Prag und in den Soroten 12.000 Arbeiter brotlos seien. Der Bürgermeister versprach sofort, öffentliche Arbeiten in großem Maßstabe beginnen zu lassen, worauf die Demonstranten auseinander gingen.

Chmacht des Klassenstaates. Wiener Blätter schreiben: Neuerlich mehren sich die Klagen, daß der Mädchenhandel aus Oesterreich-Ungarn nach dem Orient und speziell nach Konstantinopel ungeachtet des strengsten Vorgehens der österreichisch-ungarischen Vertretungen-Behörden gegen notorische Kuppler, welche sich in Konstantinopel aufhalten und österreichisch-ungarische Staatsangehörige sind, immer schwunghafter betrieben wird. Es wird neuerdings auf die sträflichen Umtriebe der Kuppler und ihre auf die mögliche Ausbeutung der angeworbenen Mädchen gerichteten Bestrebungen aufmerksam gemacht und beigefügt, daß die bezüglichen Bemühungen der Behörden nur dann von einem ausgiebigen Erfolge begleitet sein können, wenn dieselben die Unterstützung der Bevölkerung finden. — Bessere Arbeitsverhältnisse zu schaffen, die der Prostitution den gewaltigsten Damm entgegen zu setzen vermögen, das übersteigt natürlich die Weisheit der Staatslenker.

Der Arbeiterausschuß der Stadt Rom stellte gestern den römischen Kammerdeputirten die traurige Nothlage der römischen Arbeiter vor und betonte die Nothwendigkeit sofortiger Maßnahmen zur Befreiung des Nothstandes, widrigenfalls er für nichts einstehen könne.

Verfammlungen.

Der Entwurf des neuen Volksschul-Gesetzes fand am 9. Januar auch in einer öffentlichen Parteiversammlung des fünften Berliner Reichstags-Wahlkreises zur Verhandlung. Die vortrefflichen Darlegungen des Referenten, Genossen Bogherr, fanden allseitige Anerkennung und eine von demselben beantragte Resolution wurde einstimmig angenommen. Dieselbe lautet:

„Die Versammlung erklärt: Die heutige Organisation des Schulwesens ist als ein Ergebnis des Klassenstaates und den Klasseninteressen der Bourgeois dienend bedingungslos zu verwerfen. Namentlich ist die Volksschule erst dann ihres Namens würdig, wenn ihr Besuch für alle Volksklassen obligatorisch wird und ihr Lehrstoff mit Befreiung alles konfessionell-religiösen Zwecks auf Erlangung der zum Leben nöthigen Kenntnisse und Fertigkeiten abzielt. Da die herrschende Gesellschaft die geistige und politische Emanzipation des Proletariats aufzuerhalten zu fürchten hat, sucht sie die Volksschule und die Aufklärung nach Kräften zu hindern. Dasselbe Bestreben hat natürlich auch der neue Volksschul-Gesetzesentwurf. Die Versammlung protestirt gegen denselben, indem sie verspricht, gegen die von den bürgerlichen Klassen betriebene Ausnutzung auf

